

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7407.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Ansprechbar: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 29. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Am 1. Januar 1898 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

## Vorwärts

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

Die Neue Welt.

Im

## Unterhaltungs-Blatt

beginnen wir am 1. Januar mit dem Abdruck eines Berliner Romans:

### Alltagsleute

von Wilhelm Meyer-Förster.

Der „Vorwärts“ wird weiter bemüht sein, seiner Doppelaufgabe als Zeitung der Berliner Arbeiterschaft und als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerecht zu werden.

Der „Vorwärts“ wird nach wie vor den örtlichen Ereignissen Berlins, dieser Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie, in der ausgiebigsten Weise Beachtung schenken und die Mißstände in der städtischen Verwaltung und im öffentlichen Sicherheitsdienst seiner Kritik unterziehen. Er wird insbesondere die gewerkschaftliche Betätigung und die wirtschaftlichen Kämpfe der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur mit dem Blick des kühlen Beobachters verfolgen, sondern er will als Kämpfer und Helfer in den Reihen der Kämpfenden mitstreiten.

Der „Vorwärts“ soll eine Wehr und Waffe der Arbeiterklasse sein in den großen politischen Kämpfen, denen wir entgegengehen.

Wir stehen in politischen Entwicklungen bedeutsamer Art. Das nächste Vierteljahr wird in der inneren wie in der äußeren Politik hochwichtige Ereignisse zeitigen. Parlamentarische Kämpfe stehen bevor, deren Entscheidung tief in die Lebensinteressen aller Staatsbürger eingreift wird. Auch den Angelegenheiten des preussischen Landtages wird ein erhöhtes Interesse gemeldet werden.

Mit dem Jahresbeginn tritt aber das deutsche Volk nun auch ernstlich in das Zeichen der Reichstagswahl. Alle Parteien betreiben lebhaft ihre Vorbereitungen. Für die deutsche Arbeiterklasse wird diese Wahl von einer ungeheuren Tragweite sein.

Unersöhnlich stehen sich die Klassen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten gegenüber und stets schroffer werden die Gegensätze. Neue brennen darauf, die letzten Rechte des Volkes, das Reichstagswahlrecht selbst und das Koalitionsrecht, zu vernichten. Die Arbeiterklasse muß diese Angriffe zurückweisen und eine Vorwärtswirkung unseres Volkes fördern. Die Presse der Arbeiterschaft trägt in diesen weltgeschichtlichen Kämpfen die Standardrolle. Sie bricht der politischen Freiheit und der sozialen Reformation eine Bahn. Im Dunkel dieser Zeitläufte, unter den Bedrückungen und dem Gland, welche das kapitalistische System erzeugt, vertritt die Arbeiterpresse die unvergänglichen Ideale der Menschheit: Befreiung aller Menschen aus wirtschaftlicher Noth! Erhebung aus geistiger Knechtung!

Der „Vorwärts“ legt besonders Gewicht auch auf eine vollständige Orientierung der Leser über die Vorgänge in Wissenschaft und Kunst, auf welchen Gebieten die Unterhaltungs-Beilage während ihres nunmehr einjährigen Bestehens sich allseitige Anerkennung erlangt hat.

An unsere Leser und Leserrinnen, an unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen wenden wir uns deshalb beim Wechsel des Jahres, den „Vorwärts“ eifrig in der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen und neue Abonnenten für ihn zu gewinnen.

Der „Vorwärts“ ist nicht wie jene Blätter, deren Ziel nur der Unternehmerproft und denen deshalb kein Mittel zur Anlockung der Urtheillosen zu niedrig ist, die durch Förderung der Sensationsucht und angebliche Unparteilichkeit in politischen Fragen jedes ernste Streben schädigen und jedem guten Geschmaack zuwider sind.

Die Gewinnung neuer Leser und Leserrinnen für den „Vorwärts“ ist darum nicht allemal das Werk eines Augenblicks. Da ist unablässige Kleinarbeit von nöthen, trenns Wirken Tag um Tag, stets lebendig erhalten durch die Begeisterung für die Ideen, denen unser Kampf gewidmet ist.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Nähet die Zeit der Abonnementerneuerung und zugleich die günstige politische Situation aus zur regen Agitation für Euer Blatt.

Der „Vorwärts“ soll auch im neuen Jahre seinen Aufgaben immer besser gewachsen werden. Dazu erbitten wir uns die Unterstützung aller Freunde unserer Bestrebungen, ein unermüdliches

### Werben neuer Abonnenten!

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsbedeuteure sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3,30 M. für die Monate Januar, Februar und März** entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

### Die neue Phase des Maschinenbauer-Kampfes.

London, den 28. Dezember.

Wir sind an einem entscheidenden Wendepunkt des Maschinenbauer-Kampfes angelangt. Die Thatsache, daß maßgebende Vertreter der größten von den bisher abseits stehenden Gewerkschaften der Eisen- und Schiffsbau-Industrie nunmehr mit den Leitern der am Maschinenbauer-Ausstand direkt beteiligten Organisationen konferrirt haben und zu einer Verständigung mit ihnen gelangt sind, bedeutet eine neue Phase des ganzen Kampfes.

Wie weit oder durch welche Punkte man sich geeinigt hat, soll aus taktischen Gründen so lange nicht bekannt gegeben werden, als nicht die Vorstände der betreffenden Organisationen ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der am letzten Donnerstag im Lokal des parlamentarischen Komitees abgehaltenen Konferenz gegeben haben. Es liegt aber klar am Tage, daß die Konferenz prinzipiell zwischen zwei Wegen der Unterstüfung der im Kampf stehenden Maschinenbauer zu wählen hatte, nämlich:

1. Bildung eines ausreichenden Garantiefonds für die Maschinenbauer, zu dem so lange gesteuert werden soll, bis die verbündeten Fabrikanten bestimmte, bisher verweigerte Zugeständnisse gemacht haben oder

2. Mitentritt der übrigen Vereine in den Achtstundenkampf. Jede dieser Maßregeln würde die Fabrikanten in eine arge Klemme bringen. Und die erstere würde sich praktisch zur zweiten ausweiten, sobald die Fabrikanten Gegenmaßregeln gegen sie zu treffen versuchten. Denn in diesem Falle würden sie kaum eine andere Wahl haben, als die Arbeitsperre auf die neuen Maschinen der schon Anständigen auszuheben. Das aber hieße absoluter Stillstand in der großen Industrie der zum Bund zählenden Fabriken. Ein Blick auf die an der Konferenz vertretenen Berufe wird dies klar machen:

Kesselschmiede und Eisenschiffbauer, Zimmerer und Schreiner (drei Verbände), Grobschmiede, Formner, Eisengießer, Gelbfärber, Klempner, Schmiede, Modellbauer, Anstreicher, Kunstschlichter, Schiffbauer, Schwarzblech-Arbeiter, Kupferschmiede, Maschinenbeizer, Schweiß-Arbeiter.

Die Mitgliederzahl dieser Organisationen beträgt zusammen 200 000, und einige von ihnen sind nicht nur sehr reich, sondern repräsentieren auch einen sehr hohen Prozentsatz der Arbeiter des betreffenden Berufs. Es war bisher den Fabrikanten zu gute gekommen, daß verschiedene dieser Vereine — die Klempner, die Kesselschmiede etc. — alle Beschwerden gegen den Maschinenbauer-Verein nicht überwinden konnten. Aber es wurde im „Vorwärts“ schon vor Monaten ausgesprochen, daß, wenn es zum äußersten kommen sollte, diese Beschwerden vergessen sein, daß die Repräsentanten der Gewerkschaftswelt den Maschinenbauer-Verein nicht zum Ruin treiben lassen würden. Man darf es auch offen aussprechen, daß der Verein zur Zeit so steht, daß er ohne ganz außerordentliche Hilfe den Kampf nicht mehr lange würde fortführen können, und in dieser wirklich gefährdeten Situation hat er die verwandten Berufe nicht umsonst angerufen. Aus der veränderten Sprache seiner Wortführer darf man folgern, daß er schon wenige Tage nach Abschluß der letzten Konferenz entsprechende, aufmunternde Zusagen erhalten hat. Unter diesen Umständen war es selbstverständlich, daß die neuen Vorschläge der Unternehmer in der Abstimmung fallen würden. Sowohl diese Vorschläge selbst, wie die zweite Frage, ob man sie annehmen wolle, falls die Unternehmer die Arbeitszeit auf 51 Stunden die Woche ermäßigten, sind in London wie in den Hauptzentren des Ausstands Leeds, Manchester, Newcastle, Edinburg etc. mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden, allerdings bei etwas geringerer Beteiligung wie bei der ersten Abstimmung. Viele Zweigvereine stimmten überhaupt nicht ab, sondern nahmen nur Resolutionen an, worin sie ihr Vertrauen zur Politik des Vereins ausdrückten.

Was die Fabrikanten angesichts der neuen Koalition thun werden, die ihnen nunmehr gegenübertritt, wird von deren Anträgen abhängen. Aber sicher ist, daß sie sich ein „Non possumus“ wohl überlegen werden. In Blättern, die den Arbeitern nahe stehen, werden allerhand mysteriöse Andeutungen verlautet, wonach man auf „Vahmslegung der ganzen Industrie“ gefaßt sein müsse. Ich halte das bis auf weiteres für leere Spekulation. Die Namen der Männer, die mit der Konferenz Stimme im Rath der Kämpfenden erhalten haben, deuten auf eine weniger melodramatische Politik. Sie lassen annehmen, daß man den Unternehmern bestimmt gegenübertritt, aber keinen Versuch machen wird, von ihnen Forderungen zu erpressen, auf die sie nicht bei gutem Willen eingehen können.

Die letzte Woche brachte den Maschinenbauern höhere Unterstüfungen wie irgend eine der übrigen, nämlich insgesammt gegen 12 000 Pfd. Sterl. d. h. 240 000 M. Es wurde aber genau das Dreifache, nämlich 720 000 M., zur Unterstüfung der Anständigen, deren Zahl sich jetzt auf 81 000 beläuft, aufgebracht. Man erblickt aus diesen Zahlen, daß die Durchschnittsunterstüfung sich auf nicht mehr wie 9 Schillinge die Woche beläuft. Für Arbeiter, die sonst im Durchschnitt mehr als das Dreifache verdienen, eine Hilfe, bei der sie sich nur durch die größten Entbehrungen über Wasser halten können. Dies gilt vornehmlich von den Tagelöhnern, deren Lohn in gewöhnlichen Zeiten ihnen keine Ersparnisse erlaubt, und die jetzt mit 9 Schillingen die Woche fürlieb nehmen müssen. Um so bewundernswerther, daß nicht weniger als 35 000 dieser „Plebejer der Arbeit“ so fest zu den Aristokraten der Arbeit stehen, deren Unterstüfungsbeitrag das dreifache, nämlich 15 Schillinge, beträgt.

Die vom Londoner Gewerkschaftsrath einberufene allgemeine Gewerkschaftskonferenz, die sich ebenfalls mit der Stellungnahme zum Maschinenbauer-Kampf befassen soll oder sollte, ist auf den 1. Januar anberaumt worden, ob sie, nachdem die großen Gewerkschaften der Industrie zu der Frage Stellung genommen, noch aufrecht erhalten werden wird, scheint aber zweifelhaft. Die Einladung hatte großen Anklang gefunden, und hunderte von Zusagen zeigten das Interesse der Gewerkschaftswelt an der Sache, es werden aber jetzt Stimmen laut, welche die Abhaltung dieser Konferenz für überflüssig erklären.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Dezember.

**Neue lex Neco in Sicht!** Am 11. Januar wird der preussische Landtag wieder zusammentreten. Und schon lassen sich die Reaktionsunken geräuschvoll vernehmen. Eine Korrespondenz theilt mit, daß eine Novelle zum Vereinsgesetz wiederum eingebracht werden solle, durch welche das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben werden soll. Aber wiederum soll die Regierung auf befonderen „Kompensationen“ bestehen. Zwar meint die „National-Liberale Korresp.“, diese Mittheilungen seien unbegründet, doch man hat allen Anlaß, diese Angelegenheit nicht so optimistisch anzusehen.

Jene „Kompensationen“ werden in doppelter Richtung in Aussicht gestellt. Einerseits soll die Novelle sich gegen die Polen richten, andererseits gegen die Arbeiterbewegung.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat vor einiger Zeit seine frühere Entscheidung von neuem bestätigt, wonach die Polizeibehörde nicht berechtigt ist, Versammlungen aufzulösen, in denen nicht in der deutschen Landessprache gesprochen wird. Dem durch diese Entscheidung erwachsenen „Uebelstand“ soll nun dadurch abgeholfen werden, daß gesetzlich eine solche Befugniß der Polizei festgesetzt wird. So will man die Aktion gegen die Polen „begründen“. Das Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung, gegen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen bedarf natürlich für unsere Reaktionen einer besonderen Begründung schon überhaupt nicht mehr.

Eine endgültige Entschliessung über die einzubringende Novelle soll bisher vom Staatsministerium noch nicht getroffen worden sein. Auch noch weitergehende Reaktionsabsichten sollen vorhanden sein. Aber bald wird wohl das neue Neco fertig werden. Und es wird nicht minder faulig sein, als das erste, das er im vorigen Sommer legte und an dessen üblen Gerüchen das preussische Volk lange Monate zu laboriren hatte.

Nun soll eine ähnliche Kur von neuem unternommen werden. Zwar muß man sich wundern, daß die Regierung, nachdem sie in der vorigen Session sich ganz auf den konservativen Standpunkt gestellt und mit Herrn v. Zedlitz alles oder nichts gerufen hatte, jetzt sich der früher zurückgewiesenen Meinung der Nationalliberalen beugen sollte. Das läwe einem kläglichen Rückzug gleich. Aber die Regierung denkt vielleicht: Lieber heute etwas und im nächsten Landtag wird sich dann das weitere finden. Die Konservativen wären jedenfalls für diese Taktik leicht zu gewinnen. Herr Miquel verspricht ihnen irgend ein „kleines Mittel“, eine Grenzperre für ausländische Schweine oder dergleichen, und sie sind bereit, die Rechte des arbeitenden Volkes zu vernichten.

So erhebt die Reaktion wiederum lähn ihr Haupt. Ungeheure Lasten sollen dem Volke aufgebürdet werden. Hunderte Millionen soll es neu bewilligen für Schlachtschiffe und Kreuzer. Und zur selben Stunde sollen ihm die winzigen politischen Rechte, die es besitzt, entziffen werden!

Neue Kämpfe stehen bevor. Die Arbeiterschaft wird auf ihrem Posten stehen.

**Ostasien.** Die Meldung von der Landung britischer Truppen in Chemulpo, dem Hafen der koreanischen Hauptstadt Seoul, hat bisher weder offiziöse Bestätigung gefunden, noch ist sie demontirt worden. Als gewis erscheint, daß ein starkes englisches Geschwader vor Chemulpo Posto gefaßt hat. Auch das japanische Geschwader soll beobachtend an den Küsten Korea's kreuzen. Dem Bureau Tokio zufolge überreichte der britische Vertreter in Seoul ein Ultimatum gegen die Ersetzung des englischen Direktors der Seegleise Brown durch einen Russen, sowie gegen die Monopolisirung des Steuerdienstes durch Rußland.

Aus Rom wird gemeldet: Die „Stalie“ erklärt das Gerücht von der Abicht der italienischen Regierung, Kriegsgeld nach China zu schicken, in Hinblick auf die verschwindende Zahl der in China weilenden italienischen Staatsangehörigen und auf die äußerst geringfügigen italienisch-chinesischen Handelsbeziehungen für unbegründet.

**Ueber die Gestaltung des preussischen Etats für 1898-99** konnten wir gestern aus den „Berl. Polit. Nachrichten“ bestimmtere Angaben bringen, nachdem vorher nur in allgemeinen Redewendungen ein überaus glänzendes Ergebnis angekündigt worden war.

Schon der laufende Etat erfüllte die ordnungsgemäße Bruch des Herrn v. Miquel mit Stolz. Für das nächste Etatsjahr kommen dem Liebbling des Glückes wieder eine Reihe von Umständen zu Hilfe, an denen er zwar wie gewöhnlich unschuldig ist, die aber trotzdem in der öffentlichen Meinung und an einflußreicher Stelle für ihn sprechen werden.

Für 1898-99 fällt zum ersten Male die Zinsersparniß infolge der Konvertirung der 4prozentigen Ronsols voll ins Gewicht, nachdem sie 1897-98 nur mit der Hälfte in Rechnung gesetzt werden konnte. Herr Miquel macht gewis den Zinsfuß nicht, aber der Zinsfuß hat sich so bewegt, daß die Finanz-Aera Miquel einen großen äußeren Erfolg mehr aufzuweisen hat. Herr Miquel macht auch den allgemeinen Geschäftsgang nicht, aber die goldenen Früchte des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges der letzten Zeit fallen ihm von selber in den Schooß. Fast alle praktisch en Betriebsverwaltungen: die Posten, die Bergwerke und Hütten werden größere Ueberschüsse liefern. Nur die Domänenverwaltung kommt infolge der agrarischen Noth mit leeren Händen; Herr v. Hammerstein ist zwar auch Dammoveraner, aber das Glück lächelt ihm nicht. Die besseren Erwerbsverhältnisse gelangen weiter in dem Betrag der Einkommensteuer zum Ausdruck. Alle nicht festen Einkommen werden in Preußen bekanntlich noch den drei vorangegangenen Jahren berechnet. Die maßgebenden Ziffern für das nächste Finanz-

Jahr 1898/99 sind also zum ersten Male Durchschnitt aus den drei  
jährlichen Jahren 1895/97. Bei der Veranlagung der Aktien-  
gesellschaften und ähnlicher Unternehmungen gewinnt das eine ganz  
besondere Bedeutung. Gerichte, Kosten, Steuern  
laufen in ihrem Ertrage ebenfalls mit dem Geschäftsgange in  
gleicher Richtung: reines wirtschaftliches Leben, viel Streitigkeiten  
und streitpflichtige Urkunden — das gebürt zu einer Wirtschaft-  
ordnung, die sich aus tausenden von unabhängigen, zerstückelten Unter-  
nehmungen und Millionen von gegenseitigen Geschäftsablässen und  
Vertragsbeziehungen zusammensetzt.

Die Eisenbahn-Übersehbahn, die für andere Staatszwecke  
verwendbar bleiben, sollen nach den „Berliner Politischen Nach-  
richten“ diesmal keine besondere Steigerung erfahren. Dem  
Entstehungsstadium aus dem seines Lebens nicht sicheren  
reisenden Publikum hätte Herr Thielens wohl noch getrotzt,  
aber die angelobten Anträge der Kohlen- und Zucker-  
industriellen, die um die Wette Material über den Wagenmangel dieses  
Winters sammeln, haben ihn weich gestimmt. Seit Jahren werden  
aus den laufenden Eisenbahnüberschüssen sämtliche einmaligen,  
außerordentlichen Ausgaben für Bahnhofsneubauten, Geleisenerwei-  
terungen, Wagenbeschaffungen der alten Bahnhöfen gedeckt, sodass nur die  
wärtliche neuen Linien die Eisenbahnneubauten zu leisten. Dieses Verfahren  
— das auch unsere Grachten richtiger ist wie eine regelmäßige  
stärkere Tilgung der alten Kapitalschuld neben einer Über-  
nahme aller Neuanlagen auf neue Anleihen — soll, wie es  
scheint, im nächsten Jahre durch außerordentlich starke Auf-  
wendungen für Erweiterung von Bahnhofsneubauten und Ein-  
stellung von Güterwagen den Eisenbahnüberschuss so ziemlich auf  
die Höhe der letzten Jahre herabbringen, obwohl die Gesamt-  
einnahme in diesem staatlichen Betriebszweig zweifellos so hoch wie  
noch nie zu veranschlagen ist.

Für das Unternehmertum werden so zum Teil recht erfreuliche  
Aussichten eröffnet. Wenn Zusicherungen über die Verbesserung  
der Arbeiter in den Staatsunternehmungen bisher unter-  
bilden sind, so liegt das wohl nur daran, dass Herr Miquel als  
guter Gastgeber den besten Willen bis zuletzt an den Tag legt. In  
seiner Staatsrede wird Herr Miquel den schlagendsten Beweis liefern,  
dass im großen Preußen-Deutschland die Sonne der Sozialreform  
nie untergeht und dass das Evangelium von den staatlichen Arbeiter-  
Verhältnissen auch heute nicht nur gepredigt, sondern auch mit  
fester Hand durchgeführt wird, auch wenn die kapitalistischen Kräfte  
noch so sehr wackeln und wenn auch die kapitalistische Wuth sich bis  
zu Todtschlagsversuchen gegenüber unglücklichen Privatdozenten, Pro-  
fessoren und Pastoren versteigt. Wir haben endlich eine starke Re-  
gierung und Herr Miquel wird im Januar ihr Prophet sein.

Die zu kurze Golddecke, das ist das Gespenst, mit dem die  
Doppelhändler Männer die Vertheidiger der Goldwährung zu  
schrecken suchen. Die großen Goldfunde der letzten Zeit haben diesen  
Einwand sehr entwertet. Wie wenig Bedeutung er hat, zeigt eine  
Aussage eines der genauesten Kenner des Goldumsatzes, des Herrn  
Dittmar Haupt.

Für Ende 1896 hatte Herr Haupt den Gesamt-Goldvorrath  
Deutschlands mit 2760 Mill. Mark veranschlagt gegen 2020 Mill.  
Mark des Vorjahres; für Ende 1897 giebt er hierfür eine  
Schätzung noch nicht, doch glaubt er, dass für Deutschland ein Gold-  
zuwachs zu konstatiren sein wird. Nach seiner Schätzung sind die  
Vorräthe in den

	In Millionen Franks			
	Ende 1894	Ende 1895	Ende 1896	Ende Dezember
Banken und Tresors von:				
Deutschland . . . . .	1082	884	814	899
Frankreich . . . . .	2070	1968	1915	1963
Russland . . . . .	2368	2511	2889	3040
Oesterreich . . . . .	674	749	1039	1200
Amerika . . . . .	1173	942	1807	1409
Japan . . . . .	—	—	—	577
Zusammen	7257	7020	7904	9148

### Deutsches Reich.

Die Fraktionen des Abgeordnetenhauses  
werden in die letzte Sitzung der 18. Legislaturperiode mit folgender Stärke  
eintreten: Konservativ 142 (am Schluss der vorigen Sitzung 141),  
Freikonservativ 64 (63), Nationalliberal 84 (83), Zentrum 95 (95),  
freisinnige Volkspartei 14 (14), freisinnige Vereinigung 6 (6), Polen  
18 (18); bei keiner Fraktion sind 10 Mitglieder. Erledigt sind zwei  
Mandate.

Das neue Regulativ für Getreidemühlen  
und Mälereien enthält in 14 Paragraphen die bezüglich der  
Gewährung einer Forderleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen-  
und Mälereifabrikaten zu beobachtenden Bestimmungen. Das neue  
Regulativ tritt in kraft am 1. Januar 1898 abgeschlossenen Hand-  
lungsgehilfen-Verträge werden bis zu dem ersten Termin, zu dem sie  
nach dem bisherigen Gesetz gekündigt werden können, nach dem  
alten Gesetz, von da ab nach den Bestimmungen des neuen Handels-  
gesetzbuches beurteilt.

Herr Tirpich als Dichter. Ein kleines patriotisches  
Vereichen in Brinnbätzel hält einen Kommerz ab und als die  
nöthige Stimmung gekommen war, wurde Tirpich wie folgt aus-  
telegraphirt:

Im! Hollenland  
An de Waterkant  
Da wohnt noch Lüd genug,  
De für Au-Dütschland  
Un für Schep heven Bestand.  
De Plottenvörlag doch!

Anderen Tag kam folgende Antwort:  
Ich dank oof, Bäv von de Waterkant,  
In seel: veel Schep un secht.  
Wleivt ten to Kaiser un Seemannskant  
Up ewig ungedeckt!

gez. Tirpich,  
Kontra-Admiral und Staatssekretär,  
des Reichs-Marine-Ministers.

Eine großartige Leistung! Der selbige Postmeister Stephan  
kührt sich in Grabe und die Goldene 110 zählt sich geschlagen.

Die Marinevorlage wirft ihre Schatten voraus.  
Um mehr als 8000 Mann, so schreibt das „Hamburger Echo“, soll  
das seemannische Personal der Marine vergrößert werden. Die Ver-  
wirklichung dieses Theiles der Vorlage stößt aber auf große  
Schwierigkeiten, weil namentlich das seemannische Personal der  
Marine mehr erfordert, als an jungen Leuten aus der seemannischen  
und halbbeemannischen gezogen werden kann. Nicht nur der letzte  
Mann, sondern mehr Leute als vorhanden sind, sollen eingezogen  
werden. Dieser Umstand bringt manchen Fischer in und  
um Hinterwärdern in Hamburgischen Landgebiet in nicht  
geringe Verlegenheit. Nur schwer können sich die kleinen  
Fischer in der Konkurrenz mit den Fischdampfern halten.  
Hat ein Fischer erwachsene Söhne, dann fahren diese mit hinaus  
und so reicht der Verdienst noch eben aus, die Familie zu erhalten.  
Nur in ganz günstigen Jahren ist die hier stark vertretene See-

fischerei so lohnend, dass fremde Arbeiter gehalten werden können.  
Die letzte Marinevorlage brachte den bisherigen Fischern eine un-  
angenehme Ueberraschung. Als die jungen Leute von der Musterung  
heimkehrten, konnte festgestellt werden, dass fast sämtliche Stellungs-  
pflichtige zur Marine aufgezogen waren. Nun werden in der  
nächsten Zeit sämtliche im militärisch-tätigen Alter befindlichen  
jungen Leute den Fischern fehlen und mancher selbständige Fischer  
lindet mit dänger Sorge in die Zukunft, da er nicht weiß, wo er  
Hilfskräfte für den schwierigen Broterwerb hernehmen soll.

Konservative Wahlorgane. Die Antisemiten in  
dem Wahlkreis Königsberg i. Neum. haben dem bisherigen konser-  
vativen Vertreter dem Hbg. v. Vevow einen eigenen Kandidaten  
für die Reichstagswahl entgegengestellt. Beide Parteien schieden  
nun nach der Wahl des Bundes der Landwirthe. Die Antisemiten  
hoffen eine Unterstützung von dieser Seite und die Konservativen  
können noch immer nicht an ein treuloses Verlassen ihrer alten  
Kampfgesossen glauben. Noch ist die Entscheidung nicht getroffen,  
denn der Wahlkreisvorsitzende des Bundes der Landwirthe hat jetzt  
erklärt, dass sich die Kreisvertrauensleute über diese Frage noch nicht  
schlüssig gemacht haben. So entsteht dann für beide Bewerber ein  
Gangen und Wanken in schwebender Pein.

Bezug der künftigen Verwaltung in Rio-  
Tschou meint der „Gamb. Korresp.“, in den maßgebenden Kreisen  
sei man darüber einig, dass dieses Gebiet der Kolonial-Ver-  
waltung unterstellt werden soll. Welchen Rang und Titel der  
neue Verwaltungschef bekommen werde, sei vorläufig noch unent-  
schieden. Es werde für wahrscheinlich gehalten, dass der oberste  
Beamte den Titel eines kaiserlichen Kommissars erhält.  
Hand in Hand mit der Verwaltung soll die wirtschaftliche Auf-  
schlüsselung und Entwicklung des Landstriches durch private Unter-  
nehmungen gehen, wegen deren schon amtliche Anfragen an  
große deutsche Firmen und Gesellschaften gerichtet worden sind.  
Vorläufig sind die Zustände in Schantung noch sehr primitiv.

Die Dienstverhältnisse auf dem Bahnhof  
Soest waren in einer Verhandlung der Strafkammer zu Dort-  
mund am 19. November zur Sprache gekommen. In den Mit-  
theilungen der „Kölnischen Zeitung“ über diese Verhandlung,  
welche wir in unser Blatt übernahmen, sendet uns die  
Hgl. Eisenbahn-Direktion Münster folgende Berichtigung:  
1. Die Stationsbeamten zu Soest hatten während ihrer zwölf-  
stündigen Dienstzeit nicht 84, sondern nur 22 ein- und aus-  
sahende Güte abzufertigen; 2. die in Frage kommenden Weichen  
werden von der Weichenmeisterbude Ia aus bedient. Die Entfernung  
von der Grenze des Bezirks dieses Weichenleiters bis zur Weichen-  
bude beträgt nicht 500—600, sondern nur 300 m. Bei Tage und in  
einigermaßen hellen Nächten können die diensthabenden Stationsbeamten  
von der Weichenbude aus einen großen Theil der Weiche übersehen  
und sich so von der richtigen Lage der Weichen überzeugen. Nur bei  
nebeligem und düstern Wetter waren sie genöthigt, bis zu der er-  
wähnten Grenze zu gehen. Im ungünstigen Falle hatten sie ab-  
dann während ihrer Dienstzeit nicht 80, sondern nur etwa  
8,4 Kilometer zurückzulegen, nämlich 2 x 300 = 600 Meter bei  
vielleicht einladenden Fügen. 3. Es ist nicht richtig, dass  
dem Stationsbeamten im nördlichen Bahnhofstheil von Soest eine  
Hilfskraft in der Person eines Telegraphisten dauernd und, wie  
man aus der in Rede stehenden Notiz annehmen mag, in Ermahn-  
ung der zu großen Belastung des Stationsbeamten früher beigegeben war.  
Vediglich im Herbst 1895 während der Juchterampagne war angeordnet,  
dass ein Wagenmotort, der zugleich Hilfs Telegraphist war, weil er nicht  
ausreichend beschäftigt war, nebener zur ausbisswischen Bedienung  
des Telegraphenapparates in der Weichenbude mit herangezogen  
wurde. Dieses geschah aber nur während des Tagesdienstes und für  
die Dauer von drei Monaten. In der übrigen Zeit ist den dienst-  
habenden Stationsbeamten ein Telegraphist als Hilfskraft niemals  
beigegeben gewesen. Er ist daher auch unzutreffend, dass bei der am  
1. April 1895 erfolgten Neuordnung der Staatseisenbahn-Verwaltung  
diese Hilfskraft zurückgezogen sein soll. 4. Der Dienst stellte an  
die Stationsbeamten in Soest keineswegs übermenschliche Anforderungen.  
Der beste Beweis hierfür ist, dass Jahre lang andere Beamte den gleichen  
Dienst wie der Stationsdiätar Weiler wahrzunehmen haben, und dass  
kein einziger Stationsbeamter seinem nächsten Dienstvorgesetzten, dem  
Stationsvorsteher in Soest, oder etwa der vorgesetzten Weiche ge-  
meldet hat, dass er den Dienst nicht vorchriftsmäßig ausführen könnte.  
Dass endlich Stationsbeamte bei längerer Dienstzeit oftmals Geleise  
überschreiten müssen, bringt der Dienst unvermeidlich mit sich. Im  
übrigen sind die vorstehenden Umstände zum Theil schon von dem  
seitens der Anklagebehörde zugezogenen Sachverständigen der Eisen-  
bahn-Verwaltung im Verhandlungstermin eingehend dargelegt worden.  
5. Das Versehen des Stationsdiätars Weiler ist hauptsächlich auf  
Fähigkeit zurückzuführen.

Ein später Student. Schwäbischen Blättern ent-  
nehmen wir die Meldung, dass Herr v. Bennigsen, nach dem er sich  
in diesen Tagen vom amtlichen und politischen Leben zurückzieht,  
längst in der Universität Tübingen studiren will.  
Es ist dies nicht der schlechteste Gedanke des Herrn von  
Bennigsen.

In Dresden beabsichtigen, wie die „Volkz.-Ztg.“ mittheilt,  
die bürgerlichen Franzosenvereine, voran der dortige Rechts-  
schutzbund, unter dem Vorsitz von Frau Marie Stritt, gegen das  
im sächsischen Landtage eingebrachte Vereinsgesetz Stellung zu nehmen;  
sie werden eine Protestversammlung einberufen.

Der freisinnige Magistrat in Alzenberg soll die  
Eingabe des Alzenberger Volksvereins, die sich gegen die Errichtung  
eines Denkmal für den Prinzregenten wandte, einstimmig ab-  
gelehnt haben. Ueberrascht und garnicht, ganz nach Berliner  
Muster.

Kuß Baden, 27. Dezember. (Hgl. Ber.) In parla-  
mentarischen Kreisen wird noch die Vorlage eines  
Gesetzes über die Verhältnisse der Dienstboten  
erwartet. Wie das bestehende, vor 30 Jahren erlassene Gesetz  
sich an die Bestimmungen des Landrechts anlehnte, so wird sich  
das neue Gesetz an jene des Bürgerlichen Gesetzbuches anlehnen.  
Oftigen Auslassungen nach zu schließen, wird sich die Vorlage  
unter andern auch die ausfallslose Aufgabe stellen, den Abzug von  
Arbeitskräften vom Land nach der Stadt, „wenn irgend möglich“,  
zu beschränken. Eine schärfere Anspannung des Vertragsverhältnisses  
wird, abgesehen von Dienstbüchern für Kinderjähre, durch das  
neue Gesetzesprojekt nicht beabsichtigt.

Koloniale. Aus englischen Quellen sind kürzlich Nach-  
richten von einer Niederlage der deutschen Schutztruppe in Kamerun  
auch in die deutsche Presse übergegangen. Einer telegraphischen  
Meldung des Gouverneurs von Kamerun zufolge beruhen jedoch  
diese Gerüchte auf Erfindung. Es hat im Gegentheil die Bane-  
Expedition mit einer völligen Niederlage dieses Stammes und mit  
der Zerstörung seiner Hauptstadt geendet. Die Verluste der Schutz-  
truppe in diesen Kämpfen waren gering. Die Handelsstrafe nach  
Yaounde ist sicher. Die Expedition war in einer Stärke von  
135 Mann mit 3 Offizieren und 5 Unteroffizieren am 22. Oktober  
von Lolobori gegen die unabhängigen Bane ausgebrochen.  
Der Ausbruch bedarf nicht, warum die Bane zum „Auf-  
stand“ geschritten waren.

### Oesterreich.

Wien, 28. Dezember. Der niederösterreichische Landtag ist heute  
eröffnet worden. Es wurden Interpellationen eingebracht wegen des  
Verhaltens der Polizei bei den jüngsten durch Studenten verurtheilten  
Demonstrationen, sowie wegen der Aufführung des Theaterstückes „Die  
Bürgermeisterwahl“ von dem Direktor des Hofburgtheaters, Burkhard,  
welche eine abfällige Kritik der Beamten enthält. Ferner wurde ein  
Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die gesetzliche Festsetzung der  
deutschen Sprache als Unterrichtssprache in den Volks- und Bürger-  
schulen Niederösterreichs angesichts der geschickten Imitation verlangt.  
Der Landtag nahm hierauf die Dringlichkeit des vom  
Abgeordneten Hoste und Genossen eingebrachten Antrages auf

Ausdehnung des Landtags-Wahlrechts nach den für  
den Reichsrath geltenden Wahlbestimmungen an. Der Antrag selbst  
wurde dem Landesauschusse überwiesen.

Wien, 28. Dezember. (Hgl. Ztg.) Die Verammlung der  
deutschösterreichischen Abgeordneten, von Dr. Schlegler für die deutsche  
Fortschrittspartei, von Dr. Karl Schäfer für die deutsche Volkspartei  
und von Wolf für die Schönerberger einberufen, findet am 3. Januar  
in Peitnerhölle statt. — Die gegen den Hbg. Wolf wegen öffentlicher  
Gewalthätigkeit eingeleitete Untersuchung wurde gestern eingestellt.  
Wolf hatte sich, wie erinnerlich, seiner Entfernung aus der letzten  
Sitzung des Abgeordnetenhauses durch Polizisten widersetzt, wurde  
deshalb verhaftet, jedoch Tags darauf, als das Ministerium Wadeni  
zurücktrat, entlassen.

Gestern wurde nach einer Hausdurchsuchung im Prager Vorort  
Wschowitz der Bürgermeister Janda, einer der Hauptfiguren der  
dortigen deutschen Schulvereinschule, verhaftet. Es soll dies mit  
den Erweisen gegen die dortige deutsche Schule in Zusammenhang  
stehen. Weiter wird gemeldet, dass der Bürgermeister an den Dieb-  
stählen, welche in der letzten Zeit auf dem Staatsbahnhofe verübt  
worden sind, theilhaftig ist.

### Ungarn.

Budapest, 28. Dezember. Um die Provisoriumsfrage zu er-  
widern, soll die Unabhängigkeitspartei in einer gestern Nacht statt-  
gehabten Konferenz beschlossen haben, die Obstruktion einzustellen.  
Für den Fall, dass diese Nachricht sich bewahrheitet, soll das Gesetz  
unverzüglich dem Magnatenhaufe vorgelegt werden, damit es noch  
bis zum 1. Januar sanktionirt und in Wirksamkeit gesetzt werden  
kann.

Eine Bestätigung dieser ebenso unwahrscheinlich wie für Herrn  
Bansky angenehmen Meldung ist abzuwarten.

### Frankreich.

Paris, 28. Dezember. (Hgl. Ber.) Die Regierungspartei  
plant, angesichts der Freijahrsferien, einen freien Anschlag  
auf das Wahlrecht der Hauptstadt und der großen  
Städte überzulegen, das heißt, der sozialistischen und radikalen  
Wahlkreise. Sie begnügen sich nicht, wie der neulich schweizerische  
ultramontane Vorschlag, mit der Ausmerzung der Ausländer aus  
der für die Kammervertretung maßgebenden Bevölkerungszahl. In der  
Schließung der Herbstsession wurde ein von circa 100 Abgeordne-  
ten unterzeichnetes Gesetzentwurf eingebracht, wonach  
die bisherige Grundlage der Vertretung, die Einwohnerzahl (100 000  
oder weniger Einwohner auf einen Abgeordneten) durch die Zahl  
der in die Wählerlisten eingeschriebenen ersetzt  
werden soll. Das Ministerium des Innern hat bereits über die  
Folgen dieser Verfassungsänderung statistische Untersuchungen an-  
stellen lassen. Danach würde Paris 11 Abgeordnete, fast ein Drittel  
der bisherigen Zahl, verlieren, Lille 2, Saint-Denis (bei Paris),  
Rouen, Nismes, Lyon und Marseille je 1 — sämmtlich, bis auf drei  
Mandate, um welche die bisherige Abgeordnetenzahl zurückgehen  
würde, zu gunsten rühmlicher ländlicher und halbstädtischer Wahlkreise.  
Auf Grund der letzten Volkszählung von 1896 inlassen dagegen die  
ländlichen Wahlkreise neben Mandate zu gunsten der Städte ver-  
lieren. Der Gesetzentwurf will also die politische Wirkung der  
stetigen Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse zu gunsten der  
Städte künstlich ins Gegentheil verkehren. Außerdem würde die  
Zahl der eingeschriebenen Wähler als Grundlage der Vertretung  
unkontrollierbaren Wahlscheitern Thür und Thor öffnen. . . . Doch  
ist es verfrüht, auf den Entwurf im einzelnen einzugehen. Die Re-  
gierung, die allem Anschein nach hinter dem Anschlag steht, rechnet  
ganz auf ihre kompakte Mehrheit. Aber die Opposition, in erster  
Linie die sozialistische Fraktion, bereitet sich zu einem rücksichtslosen  
Kampf gegen die Wahlrechts-Veränderung, welche die Grundlagen  
sämmlicher bisheriger Verfassungen Frankreichs seit der großen Re-  
volution antastet.

Für Maxime Dreyfus-Osterhazy ist ein weiterer  
dunkler Zwischenfall hinzugekommen. Ein ehemaliger  
Geheimpolizist, der vorläufig unter den drei Namen Van Damme-  
Lemerle-Picard bekannt ist, hatte den Dreyfus-  
Freunden, dem Abgeordneten Joseph Meinauch und einem  
Redakteur des „Figaro“ ein entscheidendes Belastungsdokument gegen  
Osterhazy angeboten. Das Dokument erschien aber ihnen verdächtig  
und sie machten davon keinen Gebrauch. Die Sache wurde an die  
große Glocke gehängt durch Rochefort, der auf die Behauptungen  
des Ex-Spigel hin geräuschvoll verdonnerte, das „Dreyfus-  
Konfessions“ druckfertig, ein gefälschtes Dokument gegen Osterhazy  
ins Feld zu führen. Rochefort's Anschuldigungen gegen die  
Dreyfus-Freunde ist als haltlos erwiesen worden auch  
durch Erklärungen von neutraler Seite. Denn der Ex-Spiegel, der  
jünglich im Dienste der französischen Militär-Spionage gefunden  
haben will, baute mit seinem „Dokument“ u. a. auch bei der Re-  
daktion des „Mablat“ und dem sozialistischen Abgeordneten, Oberst  
Sever, die aber im Gegensatz zu Rochefort den Schwinkel sofort  
durchschauten. Das Räthselhafte an dem Zwischenfall ist die Un-  
thätigkeit der Justiz, die den Fälscher unbehelligt läßt. Wird Hg.  
Sever das richtige getroffen haben mit seiner Vermuthung, daß der Mann  
mit dem Dokument ein Werkzeug der Kriegsmittel-  
stellen Schaner Osterhazy's sei, welche den Dreyfus-  
Freunden eine Falle hätten stellen wollen, um durch das falsche  
Dokument die ganze Dreyfus-Kampagne zu kompromittiren?

Behaupten doch die von militärischer Seite inspirierten Zeitungen  
tagtäglich, trotzdem die kriegsgeschichtliche Untersuchung gegen Oster-  
hazy sich so bedenklich in die Länge zieht, daß die Dreyfus-Freunde  
lauter gefälschte Dokumente im Sack hätten.

### Spanien.

Madrid, 28. Dezember. (Hgl. Ber.) Die Regierung ist der  
Meinung, daß die spanische Presse der Antwort Woodfords zu große  
Bedeutung beilegt. Die Regierung glaubt, daß die Haltung der  
Vereinigten Staaten Spaniens gegenüber eine Korrekture sei. — Aus  
New-York wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Spaniens Bereit-  
heit über Woodfords letzte Note findet man hier unklarlich, da diese  
in sehr freundschaftlichem Tone gehalten war.

Aus Havana wird telegraphirt: „Das amtliche Blatt wird  
morgen die Dekrete veröffentlichen, durch welche die Minister der  
Kolonialregierung ernannt werden. Die Minister werden am  
1. Januar den Eid leisten. Die Spanier haben in der Nähe von  
Baire ein Lager der Aufständischen genommen, welche bei dem Zu-  
sammenstoße große Verluste hatten.“

### Russland.

Die Ernennung des Generaladjutanten  
Trozi zum Generalgouverneur von Wilna wird in der russischen  
Presse sehr viel besprochen und erregt dort lebhaften Aufsehen,  
während die polnische sich als sehr misgefallen zeigt. Wie man  
in russischen Kreisen die Ernennung auffaßt, zeigt am besten ein  
Artikel der „Mosk. Wod.“, der von der offiziellen „St. Petersburg-  
Zeitung“ übernommen wird; es heißt in demselben:  
Der Generaladjutant Trozi gehört zur Zahl der äber-  
genüesteten rein russischen Männer. Alle wahrhaften Russen erinnern  
sich dessen, daß wir die neulich Grundsteinlegung des Denkmals des  
Grafen Wl. M. Murawiew der Energie des Generaladjutanten  
W. N. Trozi verdanken.

„Ni“ das Gerüde von irgend einer „neuen Aera“, welche  
unseren westlichen Gebieten zum ersten Male „Gerechtigkeit und Ver-  
schicklichkeit“ geben sollte — als ob diese bisher gefehlt hätten — all-  
dieses unnütze und verleumderische Gerüde muß jetzt vor der Wirk-  
lichkeit rasch verschwinden.

Die politische Bevölkerung, die noch niemals ein solches Wohl-  
ergehen gekannt hat, wie sie es jetzt unter dem Szepter des  
russischen Herrschers genießt, noch niemals eine so völlige „Gleich-  
heit und Gerechtigkeit“, wie seit der Befreiung der „polnischen  
Sache“ — diese polnische Bevölkerung muß jetzt um des eigenen  
Glückes willen allen schädlichen Trümmern der Politikaster und  
Panatiler energisch entgegenwirken.“

Diese Sprache wird den polnischen Bourgeois, die im Interesse  
der kapitalistischen Entwicklung für den Frieden mit Rußland sich  
begeistern, recht unangenehm sein.

**Wien.**

Kattoria, 28. Dezember. General Hammond ist in Sudi-Kotal auf der Höhe des Rhyder-Passes angekommen, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Aus Yokohama meldet das „Neuer'sche Bureau“, der Versuch, das Kabinett mit Saigo als Premierminister neu zu bilden, sei gescheitert. Alle Mitglieder des Kabinetts hätten ihre Entlassung gegeben.

**Amerika.**

— Einwanderungs-Gesetzgebung. Der Kongreß der Vereinigten Staaten wird in seiner gegenwärtigen Tagung darüber beraten, ob die Einwanderung noch weiter beschränkt werden soll. Heutigen Tages hat der Einwanderer, welcher kein Geld bei sich hat, dahin zurückkehren, wo er hergekommen ist. In den letzten Jahren hat die Einwanderung stetig abgenommen. Im laufenden Jahre hat sie wegen der guten Ernte und besseren Geschäftslage sich wieder etwas gesteigert. Daß die Einwanderer Geld besitzen, betrachtet man heutigen Tages in den Vereinigten Staaten nicht mehr für genügend, um sich unliebsame Einwanderer fernzubalcken. Jetzt sollen sie auch noch eine gewisse Bildung besitzen. Wenigstens sollen sie lesen und schreiben können. Wenn ein solches Gesetz vor 50 Jahren erlassen worden wäre, so hätten die „Nat.-Sig.“, die Vereinigten Staaten eine große Menge Männer niemals besessen, welche viel dazu beigetragen haben, das Land zu entwickeln.

**Partei-Nachrichten.**

Von der Agitation. Aus dem Harze schreibt uns ein alter, humoristisch veranlagter Parteigenosse, der in der Agitation sehr erfahren ist:

„Ich möchte den Lesern des „Vorwärts“ mal von einer 81 Tage dauernden Agitationsreise berichten, die ich unternahm, um den braunschweigischen „Landboten“ auf die Beine zu bringen. Der arme Kerl hatte durch die vornehme Nachlässigkeit der braunschweigischen Genossen sehr viele Abonnenten verloren. In den 81 Tagen besuchte ich 19 Dörfer und Städte. Ich fand in jeder Zeit 871 Personen, die das Abonnement auf den „Landboten“ in Erwägung zogen. Davon bezahlten 292 Mann sofort, während die anderen später bezahlt haben — oder sich anders befaßen. Ich nahm also beim ersten Anlauf den Beuten, die Sozialdemokraten werden wollen, die Summe von 146 M. ab. Der Krieg muß den Krieg ernähren! Nur nichts verschenken, immer bezahlen lassen! Wenn so ein niedriger Landbesucher von den armen Sozialdemokraten etwas geschenkt kriegt, so wird er glauben müssen, wir hätten das Papier gestohlen. — Am Tage da geht das Geschäft nicht sehr gut, der langhaarige Theil der Menschheit ist noch recht räudig und mit dem Bezahlen etwas zurückhaltend, aber wenn die Nacht ihre schwarzen Fittige auf die Erde senkt, wenn der Mann dabei ist, dann sieht man „Wofes und die Propheten“. — Da stehen wir beide auf der Straße, mein eben gewonnener Freund aus dem Dorfe und ich. Er rät mir: „Hier gehst Du hinein, in die Stube rechts, links bleibst Du weg, da wohnt ein Unzufriedener.“ — „Ich wollte mal fragen“, sage ich in dem Hause, „ob Sie den „Landboten“ mitlesen wollen; der kommt die Woche einmal und kostet das ganze Vierteljahr nur 50 Pf. frei ins Haus. Er ist sehr gesund zu lesen, der Kopf wird schön hell. Wenn Sie mal einen Versuch machen wollen? — Ihre Adresse? — Hier die Dultung. — 50 Pf. Guten Abend!“ — Der ganze Vorgang dauert 1—2 Minuten. Mehr zu reden halte ich für überflüssig. Der Abonnent wird dann 18 Wochen von dem Landbotenredakteur sozialdemokratisch behandelt und der wird ihm schon Bildung beibringen. — So viel ich beurtheilen kann, werden wir nächstes Jahr einen gewaltigen Stimmengewinn haben. Der „Vorwärts“ wird schreiben müssen: „Die lächerlichen Erwartungen der Genossen, die schlimmen Befürchtungen der Gegner sind übertroffen worden.“ Aber es gilt zu arbeiten — nicht's fällt uns mehr ein in den S. S. — Da las ich neulich irgendwo auf dem Kirchhofe in einer katholischen Zeitung, daß eine arme Gemeindefraue in Ungarn um eine alte Ziehharmonia zur Begleitung des Kirchengefanges bittet. — Ich möchte nun irgend einen Genossen, der im Besitze eines noch guten abgelegten Fahrrades ist, am besten eines solchen mit 8 Rädern, bitten, mir dasselbe zu meiner Begleitung zu überlassen. Man kommt eher vom Fied.

Sozialdemokratisches Tageblatt in Zürich. In der am Sonntag in Zürich abgehaltenen Generalversammlung der Pressegenossenschaft wurde mit 256 gegen 12 Stimmen beschlossen, das „Tageblatt“ am 1. April 1898 erscheinen zu lassen. In geheimer Abstimmung wurden Brandt und Seidel mit 281 und 207 Stimmen als Redakteure gewählt.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

— Der Verlag der Buchhandlung der „Volkstimme“ in Magdeburg hatte von der Buchhandlung mit dem davor stehenden Schumann'schen Doppelposten Photographien und Ansichtskarten anfertigen lassen. Von denen noch vorhandenen geringen Theil hat die Polizei beschlagnahmt. Die Ansichtskarte enthielt den Vermerk: „Verlag von H. Garbaum in Magdeburg“, während nach dem Pressegesetz auch die Angabe des Druckers erforderlich gewesen wäre. Der Verlag der „Volkstimme“ hatte von letzterer Angabe deshalb Abstand genommen, weil die von anderen Magdeburger Geschäften herausgegebenen Ansichtskarten dem Buchhändler des Pressegesetzes vielfach ebenfalls nicht entsprechen. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte in Beziehung auf das letzte Urtheil des Magdeburger Landgerichts gegen die „Volkstimme“ wegen angeblicher Polizeibestechung geschrieben: „Der Artikel nahm seinem Wortlaut nach an, daß die Polizei nicht wolle, was sie hätte. Ist vielleicht nach Ansicht des Magdeburger Landgerichts eine solche Annahme eine Beleidigung der Polizei? Fast scheint es so, denn für ganz unmöglich halten wir es, daß ein Gericht zu einer Verurteilung kommt, indem es erst die strafwürdige Tendenz in einen Artikel hineinlegt, die in diesem seinem Wortlaut gar nicht enthalten war.“ Dazu bemerkt die „Volkstimme“: „Es ist nicht das erste Mal, daß in Magdeburg die Justiz in dieser Weise zu einem verurtheilenden Spruch gekommen ist. Abgesehen von kleineren, belanglosen Prozessen, wo wir im Ausdruck gefehlt haben, ist in den weitaus größten Fällen die strafwürdige Tendenz in die unter Anklage gestellten Artikel hineingelegt worden. Wir haben oft genug hören müssen, daß eine direkte Beleidigung nicht vorliege, aber aus dem Gesamteindruck dieß und jenes herorgehe. Man hat auch gesprochen von einem „zwischen den Zeilen lesen“, hat auch andererseits zugeben müssen, daß der Verfasser sich bemüht hat, die Gesetze nicht zu verletzen. Außerdem sind, um zu einer Verurteilung zu gelangen, Artikel verlesen worden, die mit dem unter Anklage gestellten Artikel in gar keinem oder auch nur losem Zusammenhang standen. Bei Besprechung der Lehlinger Jagd ist sogar behauptet worden: der Angeklagte hat wissen müssen, daß der Kaiser hieran theilgenommen habe. Eine direkte Beleidigung oder gar Beschimpfung, eine direkte Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten, hat bei politischen Prozessen nie stattgefunden — der Eventualdolus stand in Magdeburg bereits in Blüthe, noch ehe das Reichsgericht ihn in die Verita der nennendsten Justiz einschob. Diese sonderbare Interpretation war in dem Prozeß Baumüller wegen Beleidigung des Kaisers schon Gegenstand eingehender Kritik seitens des Reichsanwalts Deime, welcher ungefähr sagte: Meine Herren, wenn Sie fortfahren, die Gesetze so ausulegen, dann kommen Sie vom Auslegen zum Unterlegen und entziehen sonach der Rechtsprechung jede sichere Unterlage. Außerdem können wir eine Anzahl wider uns angestrebte Prozesse anführen, die durch einfachen Nachdruck dieser oder jener Artikel entstanden sind, ohne daß in anderen Orten darum ein Staatsanwaltlicher Finger gekrümmt wurde. Verschiedentlich haben wir auch fragliche Artikel geändert und alle Spizzen abgestumpft. Gehoffen hat es uns aber nichts. Wir müssen uns eben in unser Geschick fügen. Aber trotzdem wird auch im neuen Jahre der Kampf mit ungeschwächter Kraft wieder aufgenommen.“

**Verbandsstag der vereinigten Dachdecker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.**

Wera, 27. Dezember 1897.

Der Verbandsstag wurde heute Vormittag 10 Uhr durch den Verbandsvorsitzenden Storch-Frankfurt a. M. eröffnet. Vertreter sind die Gauen Leipzig, Dessau-Blasau, Rheinland, Württemberg, Thüringen und die Fürstenthümer, der Bergisch-Märkische Gau, Südbayern, Hannover, Schlesien, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Brandenburg, Dresden, Westfalen, Chemnitz und Stettin, sowie der Zentralvorstand und der in München seinen Sitz habende Ausschuß durch zusammen 25 Delegirte und ferner als Vertreter der General-Kommission der Berufsgenossen Deutschlands Legien-Hamburg. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige und es sind für deren Erledigung drei Tage in Aussicht genommen. Die gedruckt vorliegenden Berichte werden für morgen zurückgestellt und beschlossen, in Zukunft die Berichte mindestens vier Wochen vor Beginn des Verbandstags den Delegirten zuzustellen. Der Ausschuß konstatiert, daß sich die Rasse bei den vorgenommenen Revisionen in Ordnung befunden hat. Im übrigen hatte sich der Ausschuß mit einer Differenz zu beschäftigen, die zwischen dem Vorsitzenden und dem Kassierer des Verbandes ausgebrochen war. Die Filiale Frankfurt hatte den Vorsitzenden kurzer Hand seines Amtes entbunden, der Ausschuß wehrte sich jedoch gegen den Eingriff in seine Befugnisse und lehnte den Vorsitzenden wieder in sein Amt ein. Heute wird nach einem kurzen Bericht des Ausschußmitgliedes Burkhardt-München zur Untersuchung dieser Angelegenheit eine dreigliedrige Kommission eingesetzt.

In der Nachmittags-Sitzung erstattet G. Diehl-Frankfurt den Bericht der Preßkommission. Hier werden die zum Punkt Presse gestellten Anträge mit zur Diskussion gestellt, bemängelt wird, daß die derzeitige Preßkommission großentheils aus dem Verbandsvorstand sich rekrutirt, von diesem also abhängig ist, sowie ferner die Aufnahme von Vergütungs-Angeboten, die Bemerkungen in den Rechnungsabschlüssen: „Zum Militär eingezogen“, die langen Berichte über Filialversammlungen und Begebenheiten lokaler Natur zc. u. a. beantragt die Filiale München eine Verdrängerung des Fachorgans in sachwissenschaftlicher Beziehung. Redakteur des Fachorgans, Hoch, bemerkt hierzu, daß der Aufnahme solcher Abhandlungen schon jetzt nichts im Wege steht. Die in dieser Beziehung sich ergebenden Mängel seien in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß aus den Kollegenkreisen solche und ähnliche Abhandlungen nicht eingeschickt werden. Einig wird weiter zum Punkt Presse gestellte Anträge werden abgelehnt und beschlossen: dem oben erwähnten Antrag der Filiale München nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, die bisherige vierjährige Erscheinungsweise des Organs beizubehalten und in den Berichten nur dasjenige zu veröffentlichen, was von sachlichem Interesse für die Allgemeinheit ist. Auch hinsichtlich der Haltung des Angelegenheits des Fachorgans werden einige Aenderungen beschlossen.

Ueber Arbeitsnachweise referirt Kulmann-Frankfurt. Redner bezeichnet die bestehenden städtischen Arbeitsnachweise als Institute, die auch den billigen Anforderungen, die an dieselben gestellt werden müssen, nicht gerecht werden können. Dies beweise schon der Umstand, daß nur einige davon sich dazu verstehen, bei ausbrechenden Streiks die Arbeitsvermittlung für den betreffenden Beruf einzustellen. Die organisierten Arbeiter hätten daher kein Vertrauen zu solchen Instituten und hielten sich denselben fern. An mehreren Beispielen weist Redner nach, wie die gewerkschaftlichen Arbeitsämter auch den Organisationen Vortheile bieten, wenn die Leitung der ersteren in den richtigen Händen sich befindet. Deshalb sei die Errichtung derselben zu erstreben. Die Frage, ob Zentralisierung oder Lokalisierung werde sich dann sehr leicht beantworten lassen. Burkhardt-München tritt für Zentralisierung der Arbeitsnachweise ein. Besonders die Thüringer Verhältnisse bedingten dies. Von hier aus lockten die Unternehmer durch Zeitungsannoncen die Schieferdecker an die größten Plätze, wohl wissend, daß sie damit billige Arbeitskräfte erhalten. Dem müsse durch Zentral-Arbeitsnachweise entgegen gearbeitet werden. Es sprechen sich noch mehrere Redner im ähnlichen Sinne aus. Wegen vorgeschickter Zeit wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

**Feilenarbeiter-Kongreß.**

Braunschweig, 26. Dezember 1897. Der Kongreß der Feilenarbeiter wurde hier am 2. Weihnachtstfesttag eröffnet. An den Verhandlungen nahmen 8 Delegirte theil. Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Bericht der Delegirten. 3. Errichten wir einen Zentralverein? 4. Eventuell Statutenberathung, Anträge. 5. Verschiedenes.

Zunächst erstattet der Vertrauensmann Bericht. Derselbe ist zu entnehmen, daß die Mittel pärtlich eingelaufen sind und insolge dessen auch für die Agitation nicht genügend gelhan werden konnte. Als Einnahme sind für das Jahr 1896 zu verzeichnen 81.60 Mark. Die Ausgabe betrug 78.89 Mark. Im Jahre 1897 gingen ein 70.96 Mark. Die Ausgabe betrug 110.88 Mark, so daß ein Defizit von 39.72 Mark zu verzeichnen ist, dasselbe wird durch noch ausstehende Gelder gedeckt. Im Jahre 1898 sind fünf Vereine erstanden mit 122 Mitgliedern, im Jahre 1897 3 Vereine, es bestehen jetzt 9 Vereine mit 273 Mitgliedern. An den Streik schloß sich eine rege Debatte. Es folgte alsdann die Berichte der Delegirten aus den einzelnen Orten. Mit Ausnahme einzelner Städte, wo man den 9-stündigen Arbeitstag errungen hat, sind die Wohnverhältnisse ziemlich traurig. Die Arbeitszeit ist eine sehr lange. Im Anschluß hieran wurde über die festgefundenen Streiks und über die Funktionirung der Arbeitsnachweise berichtet.

**Gewerkschaftliches.**

**Deutsches Reich.**

Im deutschen Holzarbeiter-Verband wurde in den letzten Jahren die Agitation für Ausbreitung der Organisation sehr lebhaft betrieben. Auf dem letzten Verbandstag wurde ein Antrag verhandelt, welcher die obligatorische Einrichtung von Agitationskommissionen bewogte. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Trotzdem haben sich, veranlaßt durch die gegebenen Anregung, überall solche Kommissionen gebildet, so daß jetzt deren 19 bestehen, und dadurch ein Agitationsnetz über ganz Deutschland ausgepannt ist. Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes veröffentlicht nun jetzt einen Bericht über die Thätigkeit dieser Agitationskommissionen im Jahre 1896. Wir heben daraus folgendes hervor. Die Gesamteinnahme betrug 7622, die Gesamtausgabe 6466 M. Es wurden 82 neue Zahlstellen gegründet, während 10 alte eingingen. Versammlungen wurden 444 abgehalten (gegen 288 im Vorjahre). Für Entschädigung an die Referenten waren 8674 M. zu zahlen. Das macht im Durchschnitt 8,50 M. für eine Versammlung. Dieser äußerst niedrige Satz beweist, was es mit dem „Rücken von Arbeitergroßen“ auf sich hat. In diesem Satz ist Fahrgehalt, Spesen für Arbeitsversammlungen zc., Zehrgeld u. s. w. eingerechnet. Die Ausgabe für Druckfachen belief sich auf 1186 M. 293 Zahlstellen zahlten regelmäßig Beiträge, während 103 Zahlstellen solche nicht zahlten. Die Hauptkasse hatte nur 322 M. zuzuschließen. Die Einnahmen der Dresdener (1823 M.) und der Leipziger Kommission (682 M.) sind lediglich von den Holzarbeitern dieser beiden Städte selbst aufgebracht worden. Dresden steht mit dem Ausbringen von Mitteln obenan; dann folgt Provinz Sachsen-Anhalt-Braunschweig mit 685 M., und nach diesen Leipzig. Die Gesamtausgaben — also einschließlich der direkt vom Vorstände betriebenen Agitation — betragen 10 199 M. Nicht mit eingerechnet sind da die von den Zahlstellen für rein örtliche Agitation ausgegebenen Gelder, da diese aus den Mitteln der Lokalkassen bestritten werden. Von 470 bestehenden Zahlstellen haben sich 431 den Agitationskommissionen angeschlossen. Im Vorjahre waren es nur 282.

Die in der Maschinenfabrik von Brenner u. Schmitz in Wald stattgehabte Aussperrung von 15 Metallarbeitern ist zurückgezogen worden und wird Mittwoch Morgen zu den bisherigen Bedingungen weiter gearbeitet. Gescheitert ist allerdings das Verlangen, die zuerst Gemachtgestellten wieder einzustellen, und da nach Lage der Sache ein hartnäckiger Kampf mit allen für den Fabrikanten günstigen Chancen den Aussperrten bevorstand, rieth die Organisation, diese Forderung fallen zu lassen. Erreicht wurde das allerdings nur mündlich gegebene Versprechen, daß man eine Aenderung der Arbeitsordnung nicht beabsichtige und daß Maßregelungen nicht vorkommen.

**Ausland.**

Der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung in Westrußland. Im Sommer dieses Jahres haben, wie die Leser des „Vorwärts“ schon wissen, die jüdischen Arbeiter in einigen Städten Westrußlands die tatsächliche Durchführung des von den russischen Gesetzen für das Handwerk vorgeschriebenen Jehstundentages, wie auch eine Erhöhung der Löhne durchgesetzt. Gegenwärtig sind die Unternehmer bestrebt, die von den Arbeitern errungenen Erfolge wieder rückgängig zu machen. So haben in Wilna die Klempnermeister den Arbeitstag um drei Stunden verlängert. Ihre Verhältnisse haben sie geschlossen, bis die Arbeiter sich in die neuen Arbeitsbedingungen fügen. Die Unternehmer von Wilna haben einen Verein gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichten, bei Streikfällen einander beizustehen. Unter Hinweis auf Begründung dieses Unternehmervereins fordert das Wilnaer sozialdemokratische Komitee in einem Aufruf die Arbeiter auf, ihre getheilten Organisationen fester auszubauen, um die Errungenschaften der Sommerzeit festzuhalten. — In Sokoiki (einem kleinen Städtchen) haben 80 Arbeiter durch einen Streik den Jehstundentag errungen. — In Kowno, wo es bis zur letzten Zeit überhaupt in keinem Gewerbe einen bestimmten Arbeitstag gab und die Arbeiter gewöhnlich bis 11—12 Uhr des Nachts arbeiteten, hat in der letzten Zeit auch ein Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit begonnen. In einigen Werkstätten haben die Schneider durch einen Streik den Jehstundentag und eine Lohnerhöhung errungen, in den übrigen Werkstätten wurde die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß es zu Streiks kam. Es fand in dieser Stadt auch ein Streik von 80 Klempnern statt, durch welchen gleichfalls der Jehstundentag und eine Lohnerhöhung erzielt worden ist. Jedoch 14 Tage nach Beendigung des Streiks demargierten die Unternehmer die Streikenden bei der Gendarmarie, darauf sind drei Arbeiter verhaftet worden.

Frühjahrliche Streiks im November 1897. Das Arbeitsamt verzeichnet im November 18 Streiks mit 1331 Theilnehmern (für 16 derselben) gegenüber 23 Streiks mit 2808 Theilnehmern im November des Vorjahres. Die Durchschnittszahl der November-Streiks in den letzten vier Jahren beträgt 26. Mit Ausnahme eines Waldstreiks in Riga, 281 Theilnehmer in 76 Streichen, betrafen die Konflikte nur einen einzigen Betrieb. Die Streiks dauerten von 1—11 Tagen. Auf die Bau-Industrie entfielen 7 Streiks, auf die Metallindustrie 4, auf die Bergwerke 2 u. s. f. Ausgang von 17 im November begonnenen und von 5 vorherigen Streiks: 6 Erfolge, 6 Ausgleiche und 10 Misserfolge.

Anßerdem kamen drei Bäcker-Aussperrungen vor zwecks Erlangung höherer kommunaler Wotpreis-Tagen, sämtlich erfolglos.

Der englischen Maschinenbauern hat der deutsche Holzarbeiter-Verband bis jetzt 23 000 M. gesandt. Davon sind 18 000 M. durch freiwillige Sammlungen aufgebracht. — Bei der General-Kommission der Berufsgenossen Deutschlands gingen in der Woche vom 17.—22. Dezember 10 694,89 M. ein; bis zu diesem Datum wurden vereinnahmt 77 808,02 M.

**Soziales.**

Arbeiter-Mittheilung. Am zweiten Weihnachtstfesttag brachte die Dortmunder Arbeiterschaft die bei der Grubenexplosion auf Zeche Kaiserstuhl ums Leben gekommenen Bergleute zu Grabe. Vereint gaben die sozialdemokratischen, katholischen und evangelischen Arbeiterorganisationen den Opfern der Industrie das letzte Geleit. Gegenüber dem Massengrabe der Opfer des Schachtes I ruhen jetzt die des Schachtes II.

Wird die Regierung nach dem neuen, großen Unglück auf Zeche Kaiserstuhl energisch dafür sorgen, daß dem deutschen Bergmann endlich der Grad von Schutz zu theil wird, den die Hilfsmittel der modernen Technik möglich machen und wird sie zur Grubeninspektion endlich auch von den Arbeitern frei gewählte Vertreter heranziehen?

Verichtigung. In gestriger Nummer ist in dem Zitat aus der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ durch ein Versehen bei der Korrektur die von dem Direktor der Zeche Kaiserstuhl handelnde Stelle unrichtig wiedergegeben. Sie hat zu lauten: „Als die Zeite vorigen Monat insolge übermäßiger Arbeit und zahlreicher Ueberstunden (vor der Kohle 34 bis 35 Schichten) einen etwas höheren Lohn erzielt hatten als sonst, war Herr Hilbert (der Direktor der Zeche) außerordentlich aufgebracht. Besonders die Steiger mußten wieder viel hören. Er gab sofort an einen Beamten die Parole aus, daß überall, wo mehr als 4,50 M. verdient würde, sofort abgebrochen würde, was selbstverständlich auch theilweise geschah“ zc. zc.

Ueber das jüngste Grubenunglück in Meschadia in Ungarn, das vier Bergleuten das Leben kostete, während vier schwer verwundet wurden, bringt die in Lemeswar erscheinende „Volkstimme“ eine von 24 Bergleuten eingesandte Zuschrift, worin es heißt: „Um den Betrieb kümmert sich kein Teufel, dort können die Leute zu Grunde gehen; die neuen Lampen hängen im Ragazin und mit den alten Oel-Lampen muß gearbeitet werden. Und dann werden zur gefährlichen Arbeit solche Leute hingestellt, die erst gestern den Schachalterposten aufgaben und heute schon als Häuser angeklebt sind.“

Man braucht nicht erst nach Ungarn zu gehen, um dieselben Mißstände anzutreffen.

Ein Weihnachtsgeschenk von je 50 M. hat, wie der Hannoversche „Volkswille“ mittheilt, die Binderer Aktien-Brauerei jedem ihrer Arbeiter gemacht, der bei ihr mindestens ein Jahr beschäftigt war. Wenn die Arbeitsverhältnisse in jener Brauerei auch sonst befriedigend sind, wird man sie den weichen Naben unter den Aktiengesellschaften nennen können. Eine Reihe gut prosperirender Aktiengesellschaften schlagen auch in der schamlosen Ausnutzung der Arbeiter alle Konkurrenz aus dem Felde.

Mit der Unfallversicherung steht es am schlechtesten auf dem Lande, obwohl die landwirtschaftlichen Maschinen den Maschinen der Industrie an Gefährlichkeit kaum nachstehen und obwohl häufig genug Personen zur Bedienung der Maschinen verwendet werden, die die dazu nöthige Kenntniss und Geschicklichkeit nicht in ausreichendem Maße besitzen. Während nach den 1896er Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften die gewerblichen Berufsgenossenschaften an Kosten für die Unfallversicherung immerhin über 1/3 Million Mark ausgegeben haben, geben die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für denselben Zweck nur etwas über 2000 M. her. Für die Ueberwachung der Betriebe geben die gewerblichen Berufsgenossenschaften ca. 486 000 M. aus, die landwirtschaftlichen nicht. Bei einem solchen Ausgabenunterschiede — sagen die Berliner Politischen Nachrichten — muß man doch zu der Frage kommen, ob denn die Unfallgefährlichkeit der beiden Berufsgruppen so verschieden ist, daß diese Differenz in den Ausgaben sich dadurch rechtfertigt. Die Frage wird auf Grund der gleichfalls für 1896 vorliegenden Zahlen durchaus verneint werden müssen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen auf 1000 Versicherte 6,72 entsehrte Verletzte und bei den landwirtschaftlichen 9,24. Die Unfallgefährlichkeit in der Landwirtschaft war demnach zwar geringer als in der Industrie, wie das ja auch wohl ohne weiteres anzunehmen ist, sie belief sich jedoch auf mehr als die Hälfte der letzteren. Bei dieser Sachlage wäre

es wohl zweckmäßig, wenn die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen die Verhütung der Unfälle eine größere Aufmerksamkeit als bisher zuwenden. Vor einiger Zeit hieß es auch, daß mehrere dieser Berufsvereinigungen den Entschluß gefaßt hätten, die Unfallversicherung in Aussicht genommen hätten. Man hat aber leider seitdem von einer weiteren Entwicklung der Angelegenheit nichts gehört.

Wenn den Großindustriellen, denen die „Berliner Politischen Nachrichten“ dienen, daran liegt, daß die Herren mit den „geständerten Strohdächern“ kräftiger zu den Kosten der „praktischen Arbeiter“-Fürsorge herangezogen werden, dann mögen sie ihren Einfluß dahin geltend machen, daß den Landarbeitern das Koalitionsrecht gewährt wird.

Dann wird schon Leben in die Unfallverhütung auf dem Lande kommen.

Die öffentlichen Sparkassen Meinungen sind vom Ministerium angefordert worden, darüber zu berichten, welchen Wert auf die neu als Sparrer eintretenden Personen haben und wie hoch ihre erste Einlage ist.

Die Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter im südlichen Schwazwald, der sogenannten Schwefler, werden in der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ geschildert: Die Schwefler befinden sich in einer äußerst schlechten Lage, insbesondere die in Bernau bei St. Blasien, wo trotz 15tägiger Arbeit täglich oft nur 50 bis 70 Pfennig verdient wird. Selbst die schlesischen Weber sollen besser leben als jene armen Schwazwälder. Eine der Hauptursachen der Noth der Schwazwälder Schwefler ist ein mächtiger zur Niederhaltung der Preise gegründeter Händlerring.

Arbeiterkassen in der Schweiz. Im Kanton Tessin hat der Staatsrath wegen des stetigen Wachstums der Industrie und besonders der Steindruckindustrie daselbst den Beschluß gefaßt, die nötigen Schritte bei den Bundesbehörden zu thun, um zu erlangen, daß im eidgenössischen Fabrikinspektorat ein eigener Vertreter der italienischen Schweiz eingesetzt wird.

Der Regierungsrath von St. Gallen hat das eidgenössische Industrie-Departement ersucht, eine Untersuchung über die Gesundheitschädlichkeit des Betriebes der Schnellläufer-Schiffen in Maschinen zu veranstalten.

## Unternehmer-Verbände.

Zusammenschlüsse von einzelnen Zweigen der Textil-Industrie haben in diesem Jahre in größerem Maße stattgefunden, theils sind solche noch in der Bildung begriffen. Zwei derselben ist entweder die Erzielung einer Erhöhung der Waarenpreise, oder einer Festsetzung einheitlicher Verkaufsbedingungen. So steht die Bildung einer Vereinigung der Tuch- und Buckolin-Fabrikanten von Forst i. L. unmittelbar bevor, bezuglich ist eine „Vereinigung der Berliner Plüsch- und Wolllwaren-Fabrikanten“ bevorstehend. Ferner ist eine Vereinigung von Weberbesitzern im Landkreis Glatbach in's Leben getreten, welcher 27 der bedeutendsten Wolllwarenfabriken angehören. Ferner hat sich eine „Vereinigung Krefelder Kravattenstoff-Fabrikanten“ gebildet, sowie eine Konvention der Färbereien und Druckereien von M. Glatbach und Umgebung. Außerdem besteht eine Vereinigung der Franzy-Weber und eine Konvention sächsischer Wigognespinner. Diese Vereinigungen sind alle in diesem Jahre gegründet beziehungsweise in Wirkksamkeit getreten. Eine ganze Anzahl bestehender Vereinigungen in der Textilindustrie sind bereits älteren Datums. Diefelbe Erscheinung macht sich auf dem Gebiete der Wirkwaren-Industrie bemerkbar. In den bestehenden älteren ist in diesem Jahre eine Konvention der sächsischen Trikotfabrikanten getreten. Von den Tuchgroßhändlern ist eine Konvention gegenüber den Fabrikanten, welche auch an Privats verkauft, gebildet worden. Diese Konvention erstreckt sich über ganz Deutschland.

Kali-Syndikat. Nachdem das eigenartige Verhalten des Vertreters der Gewerkschaft Hedwigshagen in der Konferenz der Syndikatsdelegierten vom 18. d. M. dahin geführt hatte, daß die letzteren einfach auf ihre früheren Zustände hinwiesen, ohne auf weitere Verhandlungen sich einzulassen, soll inzwischen eine Verständigung der Gewerkschaft Hedwigshagen mit dem Kali-Syndikat erfolgt sein und somit scheint die Verlängerung des Syndikats auf keine weiteren Schwierigkeiten zu stoßen.

Der große Milchtrust, der sich gebildet hat, um die gesammte Milchzufuhr nach New-York zu monopolisieren, erwacht in New-York seine Konzeption unter dem Namen „Farm- und Milch-wirtschaftsprodukt-Gesellschaft“. Der Trust besitzt ein Kapital von 15 000 000 Dollars. Das Geld ist zum größten Theil von englischen Kapitalisten aufgebracht worden. Am 1. Januar wird der Trust sein Geschäft in ganz New-York beginnen. Die Milchwagen der Gesellschaft werden äußerst luxuriös ausgestattet und die Aufsätze uniformirt sein.

## Kommunales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben zur Vorlage betreffend die Instandsetzung des Kirchhofes der Märzgefallenen im Friedrichshain folgenden Antrag eingebracht:

Unter Abkündigung der Magistratsvorlage vom 23. Dezember 1897 ersucht die Versammlung den Magistrat außer dem in der Vorlage näher bezeichneten Arbeiten auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain einen Denkstein mit der Inschrift:

Dem Andenken der am 18. März 1848 Gefallenen  
Die Stadt Berlin  
errichten zu lassen und stellt die hierzu erforderlichen Kosten aus dem Spezialetat 45 Extraordinarium I zur Verfügung.  
Dieser Antrag gelangt heute zur Beratung.

## Gerechts-Beitrag.

Ausfahrungen eines Schuhmannes kamen abermals in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern vor der 132. Abtheilung des Schöffengerichts unter dem Vorsitze des Vorsitzenden Bach stattfand. Der frühere Schuhmann Hermann Garz hatte auf der Anklagebank wegen einer ganzen Reihe Straftaten Platz zu nehmen. Es wurde folgender Sachverhalt gegen ihn festgestellt: In der Nacht zum 14. September begleitete der Angeklagte einen früheren Kameraden, einen Gefreiten des Eisenbahn-Regiments, mit dem er eine Bierreise gemacht hatte, nach der Kaserne. Sie gingen Arm in Arm durch die Großgörschenstraße und erregten durch ihren schwankenden Gang, durch ihre laute Unterhaltung und dadurch, daß der Schuhmann sich in Uniform, wenn auch nicht in Dienstkleidung befand, Aufsehen. In der Nähe einer Galerie begingen sie in Aergerniß erregender Weise eine Straßenpolizei-Übertretung. Mehrere Vorübergehende blieben in einiger Entfernung von den beiden Angeklagten stehen. Zu diesen gehörte auch das Schuhmacherehepaar Conrad'sche Ehepaar. Pöblich sprang der Gefreite auf Conrad los und berschrie ihn mit den Worten an: „Herr! Was wollen Sie von mir?“ Der Gefreite that an den Gefreiten dieselbe Frage. Jetzt eilte der Angeklagte hinzu, zog das Seiten-gewehr aus der Scheide und erhob es gegen Conrad mit den Worten: „Was? Sie wollen sich an einem Soldaten vergreifen?“ Die Ehefrau des Conrad fiel dem Kalender in den Arm und beschwor ihn, er möge sich und andere Personen nicht unglücklich machen. Der Angeklagte befaß sich mit ihm die Waffe fassen, wobei er zur Frau Conrad meinte: „Ihnen zu Gefallen will ich davon ablassen, sonst hätte ich den Lump durch und durch geschossen.“ Der Aufricht hatte eine ziemliche Menschenmenge angezogen. Eine Stimme rief: „Das ist ja der reine Bräusewisch!“ Dies brachte den Angeklagten wieder in große Wuth. Mit gezogenem Säbel säumte er auf die Menge los, die auseinanderlief und die Flucht ergriff. Jetzt kam ein Kamerad des Angeklagten, der Schuhmann Naubig, hinzu. Von allen Seiten wurde derselbe angefordert, den Angeklagten zu arretilren, der Beamte zeigte hierzu aber wenig Neigung. Er ver-

anlaßte vielmehr den Angeklagten, mit seinem Begleiter weiter zu gehen. Der letztere begab sich in die Kaserne und Garz ging in Begleitung des Schuhmannes weiter, immer noch von einer Menschenmenge gefolgt, die sich in wenig schmeichelhafter Weise über ihn ausließ. Die ebenfalls im Gefolge befindlichen Eheleute Conrad wollten nicht ein einziges beleidigendes Wort gesagt haben. Pöblich drehte der Angeklagte sich um, packte Conrad an der Gurgel, zog ihn in eine Thürmische und versetzte ihm zwei Fuhrtritte. Frau Conrad, welche ihrem Ehemanne zu Hilfe kommen wollte, erhielt von dem Angeklagten zwei Stöße gegen die Brust. Nunmehr zog der Schuhmann Naubig erste Saiten auf und brachte seinen rasenden Kollegen zur Wache. Der Angeklagte ist sofort seines Dienstes enthoben worden, nachdem der Vorfall zur Kenntniß seiner Behörde gelangte. Im gestrigen Termine entschuldigte Garz sich mit Trunkenheit, er wollte sich der einzelnen Vorfälle nicht mehr genau erinnern können. Das wisse er aber mit Bestimmtheit, daß die ihm folgende Menge ihn nicht nur beschimpft, sondern daß er hintertrück auch Pässe und Schläge erhalten habe. Die Beweisaufnahme ließ ihn auch in dieser Beziehung im Stiche. Staatsanwalt Dr. Krebs bezeichnete es als ein besonderes Glück für den Angeklagten, daß derselbe sich nicht im Dienste befunden habe, sonst müßte ihn eine außerordentlich hohe Strafe treffen. Aber immerhin habe der Angeklagte in Aergerniß erregender Weise das Aufsehen und die Autorität der Behörde geschädigt und dazu beigetragen, daß die Unbeliebtheit der Schutzleute, welche nur einmal das Publikum beselze, noch gesteigert wurde. Er beantragte gegen ihn eine Gefängnißstrafe von drei Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenstock, führte aus, daß gar kein Grund vorliege, dem Angeklagten, der die Ausschreitungen nicht im Dienste begangen habe, mit einem anderen Maße zu messen, als jede Privatperson. Er sei durch die Dienstenlassung schon empfindlich bestraft worden und wenn er nun noch obendrein eine Geldstrafe erhalte, so dürste der Gerechtigkeit Genüge geschehen sein. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte nur auf eine geringe Strafe. Die Übertretungen (Straßenpolizeiübertretung und Verübung groben Unfugs) wurden mit Geldstrafen von je 5 Mark, die Körperverletzungen des Conrad'schen Ehepaars mit einer Geldstrafe von vierzig Mark geahndet!!! Ob eine solche Bestrafung wirklich geeignet ist, andere Nowadies vor ähnlichen Hohnheiten abzu-schrecken?

Das Techt eines ausgehenden Kriminal-Schuhmannes gelangte heute vor der IV. Strafkammer am Landgericht II zur richterlichen Erörterung. Der Schankwirth Nikolaus Fuhrer aus Charlottenburg war vom dortigen Schöffengericht von der Uebertretung der Polizei-Verordnung, betr. das Halten weiblicher Bedienung in Schankwirthschaften, freigesprochen worden, der Staatsanwalt hatte aber Berufung eingelegt. Am 1. Juli d. J. trat bei der Charlottenburger Kriminalpolizei der Militärwärter Bartholz als Kriminal-Schuhmann ein. Am Tage darauf, am 2. Juli, erhielt derselbe den Auftrag, Lokale mit weiblicher Bedienung zu revidiren. Sein Weg führte ihn auch in das Fuhrer'sche Restaurant, in welchem zur Zeit kein einziger Gast anwesend war. Der Wirth war ausgegangen, im ein Geschäft zu besorgen, die Wirthin stand am Buffet und sah dem Dienstmädchen zu, welches den Bierdruck-Apparat putzte. Außerdem war eine Kellnerin anwesend, als Bartholz eintrat und sich sofort in das hintere Zimmer setzte. Nun erstreckte sich aber Bartholz eines Kenneken, welches auf 100 Schritt den Polizeibeamten in Zivil ver-räth. Die Wirthin rannte sofort der Kellnerin zu, diese möge sich besonders in Acht nehmen, denn der Gast sei ein Kriminalbeamter. Das that diese denn auch und widerstand beharrlich allen Verlockungen, sich neben den Gast zu setzen, obwohl ihr derselbe auch noch eine „Gräber“ spendirte. Zuletzt wurde aber der Geist kürzisch, er zog die Kellnerin mit Gewalt an seine Seite auf das Sofa, um gleich darauf von der Wirthin das Anewelbuch der Kellnerinnen zu verlangen und sich als Kriminalbeamter zu legitimiren. Als Herr Fuhrer heimkehrte und Kenntniß von dem Vorfalle erhielt, richtete er sofort eine Beschwerde an die Polizeidirektion in Charlottenburg mit dem Antrage, das Disziplinarverfahren gegen den Schuhmann einzuleiten. Diesem Antrage ist zwar stattgegeben worden, dies Verfahren blieb aber in der Schwebe bis zum Austrage des gegen Fuhrer eingeleiteten Strafverfahrens. Das Schöffengericht hat die Glaubwürdigkeit des Schuhmannes nicht zum Gegenstande der Erörterung gemacht, weil dasselbe ohnehin zur Freisprechung gelangte aus der Erwägung, daß der Wirth nicht verantwortlich gemacht werden könne für eine Uebertretung, welche in vorübergehender Abwesenheit seines einer bei ihm beschäftigten Person begangen werde. Vor der Strafkammer wurde die Glaubwürdigkeit des Schuhmannes dagegen sehr eingehend erwoogen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt (Landtags-Abgeordneter) Ulrich bezeichnete den Schuhmann als Agent provocateur, der nicht den mindesten Glauben verdiene, da er erst zu Vergehen anstülte, um dann vor Gericht als Partei auszu-treten. In diesem Falle könne jener gar nicht anders handeln, weil seine Stellung auf dem Spiele stehe. Er sei als strengkonservativer Mann bekannt, doch angesichts solcher Provokationen sei es einem Betroffenen wirklich geruht zu werden, Sozialdemokrat zu werden. Der Gerichtshof wollte dem Schuhmann nicht jegliche Glaubwürdigkeit absprechen, es wurde daher beschlossen, zu einer erneuten Verhandlung außer dem heute vernommenen früheren Dienstmädchen des Fuhrer noch dessen Ehefrau und die damals bei ihm beschäftigte Kellnerin zu laden. Ferner sollen die Personalakten des Schuhmanns vom Gericht angefordert werden.

Wegen Hausfriedensbruchs und Mißhandlung stand gestern der Mann Robert Mitsch vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Der in der Kommandantenstraße delinque Arbeitsnachweis des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister war im August d. J. seitens der Geselnschaft gesperrt worden und der Angeklagte hatte den Auftrag übernommen, die Geschäftsstelle des Arbeitsnachweises zu kontrolliren. Er erschien daselbst wiederholt und soll nach der Behauptung des Geschäftsführers Herrn Wichmann von diesem mehrfach aus den Räumen gewiesen worden sein. Am 11. August kam es zwischen dem Angeklagten und einem nach Arbeit fragenden Maurergesellen zu Thätlichkeiten und nun stellte Herr Wichmann den Strafantrag, indem er behauptete, daß der Angeklagte anfangs August von ihm in wiederholten Fällen vergeblich aufgefordert worden sei, das Geschäftsfokal, in welchem er ohne Befugniß verweilte, zu verlassen. Trotz der Unbestimmtheit der Zeitangabe verurtheilte das Schöffengericht den Angeklagten zu 60 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld legte Berufung ein und beantragte den Strafantrag, zu dessen Stellung er den Geschäftsführer nicht für berechtigt hielt. Die Strafkammer schloß sich dieser Ansicht nicht an, sondern erkannte auf Verwerfung der Berufung.

Polizeiliche Verfügungen gegen Inhaber von Privat-schulen sind - keine polizeilichen Verfügungen. Nachdem dem Lehrer A. D. J. S. J. ohne ersichtlichen Grund die Konzession zum Betriebe einer Privatschule entzogen worden war, drohte ihm die Polizeiverwaltung in Stettin auf Veranlassung der Regierung eine hohe Geldstrafe für den Fall an, daß er doch noch weiter unterrichte. J. wandte sich im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens hiergegen. Sowohl der Bezirksausschuß wie das Ober-Verwaltungs-gerecht wiesen seine Klage als unzulässig zurück. Das Ober-Verwaltungsgericht ging von folgenden Erwägungen aus. Das Unterrichtsministerium sei eine öffentliche Wohlthätigkeitsanstalt des Staates. Es umfasse auch die Beaufsichtigung des Privatunterrichts und der Privatschulen. Seine Verwaltung sei nicht den Polizeibehörden, sondern besonderen Behörden übertragen, nämlich den Provinzial-Schulkollegien und den Abtheilungen der Regierung für das Kirchen- und Schulwesen, in höchster Instanz dem Unterrichts-Ministerium. Im Nothfalle könnten diese Behörden ihren Verfügungen durch die gesetzlichen Zwangs- und Strafmittel den erforderlichen Nachdruck verleihen. Dabei könnten sie sich ihrer nachgeordneten Organe und auch der starken Hand der Polizei bedienen. Dagegen könne die Polizei selbständig nur in ganz

bestimmten Fällen auf dem Gebiete des Schulwesens eingreifen, zum Beispiel wenn ein Schulgebäude feuergefährlich sei. Die hier in betracht kommende Verfügung sei nun keine Verfügung, die die Polizei aus eigener Amtsgewalt hätte erlassen dürfen; thätlich habe ihr ja die königliche Regierung den Auftrag dazu gegeben, die Klage müsse deshalb wegen ihrer Unzulässigkeit abgewiesen werden. Wegen Verfügungen der fraglichen Art, die keine eigentlichen Polizei-Verfügungen wären, sei nur die Beschwerde an den Minister zulässig!

Wegen die hannoversche Sabbathordnung sollten sich zwei Landente aus Kirchhorst dadurch vergangen haben, daß sie am Sonntag früh Disteln und anderes am Sonnabend früh gemähtes Grün-futter für die Schweine vom Felde einfuhren. Sie erhielten deshalb ein Strafmandat, worauf sie richterliche Entscheidung beantragten. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten jedoch schuldig und verurtheilte sie zu Geldstrafen. Die Sabbathordnung vom 26. Jan. 1822 verbiete all und jedes, was einer würdigen Sonntagstheuer zuwider sei. Es sei aber einer solchen zuwider, wenn am Sonntag während des Gottesdienstes Futter eingefahren werde. Die Angeklagten legten Berufung ein und machten geltend, sie hätten das Futter einfahren müssen, da sonst die Schweine hätten hungern müssen. Das Landgericht verwarf indessen die Berufung als unbegründet. Nunmehr griffen die Leute noch zum Rechtsmittel der Revision, indem sie vor allem betonten, es sei doch gerade ein gottgefälliges Werk, den Schweinen ihr Futter zu besorgen, damit sie nicht hungern bräuchten. Wie hier davon geredet werden könne, sie hätten einer würdigen Sonntagstheuer zuwider gehandelt, das läßen sie nicht ein. Aber das Kammergericht theilte nicht ihre Auffassung, es bestätigte vielmehr die Vorentscheidung unter Verwerfung der Revision. Der Staatsanwalt nahm an, daß Gelbarbeiten einer würdigen Sonntagstheuer zuwider seien. Wie stark müßte da das Kammergericht erst die in Berliner „Gotteshäusern“ verübten Sabbathschändungen verdammen, wenn es in die Lage käme, über diese „einen würdigen Sonntagstheuer“ entgegengesetzten Handlungen zu urtheilen?

## Verfassungen.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am 3. Feiertag vor-mittags eine öffentliche Versammlung mit Gramann, Raunhitzer, ab, in der zunächst A. Rendt über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission berichtete und die Abrechnung als Vertrauensmann erstattete. Die Einnahmen betragen inkl. des von dem früheren Vertrauensmann übernommenen Betrages von 23,50 M. insgesammt 284,95 M., die Ausgaben 204,05 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befätigt und hierauf die Entlastung ertheilt. Bei der Neuwahl des Vertrauensmannes entspann sich eine längere Debatte, in der es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Fachvereins und denen des Holzarbeiter-Verbandes kam und wobei die Streitfrage der Organisationsform eine große Rolle spielte. Im weiteren war aus der Diskussion zu entnehmen, daß der bisherige Vertrauensmann von den Anhängern des Verbandes nicht als solcher anerkannt wurde und der als Stellvertreter genählte sein Amt niedergelegt hatte. Es wurde schließlich A. Rendt als Vertrauensmann und als Delegirter zur Gewerkschafts-Kommission wiedergewählt und zum Stellvertreter G. Rendt bestimmt. Eine ebenso heftige Debatte zeitigte der 2. Punkt der Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zu den dem Fachverein überwiesenen Verpflichtungen vom letzten Streik? Von mehreren Rednern wurden wieder die Einrichtungen des Holzarbeiter-Verbandes nach den verschiedenen Richtungen hin kritisiert und das Verhalten desselben während des Streiks der Musikinstrumenten-Arbeiter und nach demselben sowie das Vorgehen dem Fachverein gegenüber bemängelt. Während einerseits die Vortheile der Lokalorganisation hervor-gehoben und zum Anschluß an den Fachverein aufgefordert wurde, wiesien die Zentralisten, die nur sehr schwach in der Versammlung vertreten waren, die Vorwürfe gegen den Verband zurück und hielten dessen Vorgehen für ein korrektes. Zur Tilgung der Schulden, die der Fachverein zur Streikunterstützung seinerzeit gemacht hatte und die zum 21. 000 M. betragen, wovon bis jetzt vom Fachverein ungefähr 5000 M. bezahlt worden sind, standen verschiedene Anträge zur Diskussion. Nach wiederholter Abstimmung wurde sodann folgende Resolution gegen eine ziemlich große Minorität angenommen: „Zu betrachten der Richtigkeit, welche unter den Berliner Instrumenten-Arbeitern herrscht, ihre bisherige Lokal-Organisation zu stärken, jedoch das Haupthinderniß in dem der Organisation auferlegten Schulden vom letzten Streik erblicken, um erfolgreich wirken zu können, beschließt die öffentliche Versammlung, ihre Schuldigkeit zur Abtragung der Schulden gethan zu haben und giebt heute die Erklärung ab, allen weiteren Verpflichtungen ent-hoben zu sein. Nachdem noch D. Reier als Revisor gewählt worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

In der Mitgliederversammlung der Rabignyer vom 21. Dezember berichtete Rieck über die Thätigkeit des Vereins. Die Mitglieder seien nicht mehr so eifrig, als bei der Gründung des Vereins. Dem Kassirer wird für seine Mühewaltung eine kleine Entschädigung bewilligt.

Niedorf. Am 22. Dezember d. J. tagte hier eine Mitglieder-versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, in der Jahn einen Vortrag über „Kapitalistische Entwicklung“ hielt. Zu Punkt „Verschiedenes“ theilt Kollege Rieck über das Verhalten des Werk-führers in der Laboren'schen Fabrik, Auesbeckstraße, hier selbst mit, daß derselbe ohne Grund jeden Kollegen sofort wieder entläßt, wenn derselbe der Organisation angehört, und zwar jedenfalls deshalb, weil sich dieselben ihm nicht so gefällig zeigen, wie andere, und die von ihm zum Verkauf angebotenen Zigaretten und andere Gegenstände nicht kaufen. Er erscheint angebracht, den Kollegen, die in oben-genannter Fabrik mit Arbeit anfragen, hiervon Kenntniß zu geben.

## Dieses und letzte Nachrichten.

Elmsborn, 28. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Erwahl zum Stadtverordneten-Kollegium wurde Genosse Budag als vierter Sozialdemokrat mit großer Majorität gewählt. Eine dringende Sitzung bezugs Verschlechterung des Wahl-rechts soll am 30. Dezember stattfinden.

Wien, 28. Dezember. (W. Z. B.) Außer dem niederöster-reichischen Landtage wurden heute die Landtage von Steiermark, Galizien, Schlesien, Krain und Böhmen eröffnet. Im Land-tage Böhmen-Gabiska erschienen nur die italienischen Abgeordneten. Der Landeshaupmann bedauerte das Fernbleiben der Slowenen. Eine Sitzung wurde wegen Beschlußunfähigkeit nicht abgehalten.

Wies, 28. Dezember. Das „Tel.-Corr.-Bür.“ meldet aus Kamea: Eine aus fünf Delegirten bestehende Abordnung der National-versammlung erschien in den Konsulatsgebänden und überreichte eine für die Botschafter bestimmte schriftliche Erklärung, in welcher ausgeführt wird, daß sie dem künftigen Generalgouverneur nur dann ihre Unterthänigkeit abgeben lassen könnten, wenn alle türkischen Truppen Keza verlassen, da im entgegengesetzten Falle für die Sicherheit der in das Innere des Landes zurückzuziehenden Türken keine Bürgschaft übernommen werden könne.

Wiener-Neustadt, 28. Dezember. (W. Z. B.) Bei Ruffmanns-dorf hat ein großer Bergsturz stattgefunden. Eine Bäuerin wurde von den Steinmassen verschüttet und getödtet.

Paris, 28. Dezember. (W. Z. B.) Panamaprojekt Heute be-gonnen die Waidoyers; sie wurden jedoch noch nicht zu Ende ge-führt und werden morgen fortgesetzt.

Tanger, 28. Dezember. Die englischen, französischen und span-ischen Korvete, welche die Post von Tanger nach Tetuan bringen, sind beschossen worden. Es glückte ihnen jedoch, sich und die ihnen anvertrauten Sachen in Sicherheit zu bringen. - Das spanische Kriegsschiff „General Valdes“ ist nach der Biskaya ausgelaufen, um infolge der Nachricht Nachforschungen anzustellen, ob sich immer noch christliche Gefangene in den Händen der Piraten befinden.

**Lokales.**

**Wählig, I. Wahlkreis!** Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in den „Arminialhallen“, Kommandantenstr. 20, eine Wahlvereins-Versammlung statt. In dieser Versammlung wird die Diskussion zwischen dem Genossen August Lätow und dem National-Sozialen Herrn Michalski fortgesetzt. Es ist eines jeden Parteigenossen Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

**Die „brave Schuhmannschaft“** spielt zur Zeit in der Berliner Presse eine nicht unbeträchtliche Rolle. Die wiederholten Mißgriffe, unredlichen Emissionen und Verprügelungen auf Polizeiwachen, deren sich Beamte schuldig gemacht haben, sind neuerdings selbst in solchen Blättern getilgt worden, die, sei es aus Interesse oder aus Feigheit, unsere liebe Sicherheitsbehörde und deren Organe bisher nach Kräften in Schutz zu nehmen gewohnt waren. In die mehr oder minder scharfen Requisitionen knüpfte sich dann gewöhnlich das Verlangen, daß von oben herab den Schutzleuten endlich doch eingeschärft werden möge, wie sie sich im Umgang mit dem Publikum benehmen müßten.

Nichts ist leichter für den Polizeipräsidenten, als demgegenüber darauf hinzuwirken, daß von oben herab alles mögliche geschieht, um die Beamten zu einem ordentlichen Umgang mit dem Publikum zu erziehen und Ungehörigkeiten, welcher Art sie auch seien, unmöglich zu machen. Sieht man die unzähligen Tagesbefehle durch, die der Polizeipräsident jahraus jahrein an seine Untergebenen richtet, in Erinnerung bringt und modifiziert, so kann man im Gegentheil zu dem Schluss kommen, es geschehe in diesem Punkte soviel, daß die Schutzleute vor lauter Blumen den Wald nicht sehen. Daß ein Tagesbefehl besteht, wonach strotzende Personen nicht mißhandelt werden sollen, ist selbstverständlich. Der Befehl datiert bereits vom 19. Dezember 1877. Ein anderer Tagesbefehl vom 28. September desselben Jahres besagt, daß Thätlichkeiten gegen Beamte zu vermeiden sind. Am 4. Oktober 1882 ist angeordnet worden, daß Damen nicht mit Prostituierten auf der Wache bleiben sollen. Ganz besonders weit geht die Polizeipflichtigkeit gegen „Damen besserer Stände“. Wenn diese neu anzutreten, sollen sie laut Tagesbefehl vom 29. Mai 1889 thümlichst nicht auf das Bureau bestellt werden. Man denke! Emissionen auf Wachen einer Zivilperson müssen nach dem Tagesbefehl vom 12. April 1876 geprüft werden, da der Beamte verantwortlich bleibt. Nach einem Befehl vom 25. Februar 1877 dürfen auf Wachen und Bureaus keine Trinklagen veranstaltet werden. Die Zuverlässigkeit gegen das Publikum geht soweit, daß nach dem Tagesbefehl vom 25. September 1878 auch auf den Bureaus das Rauchen während der Dienststunden verboten ist, auf den Wachen aber soll zum mindesten nicht geraucht werden, wenn Publikum dort verkehrt. Das Rauchverbot besteht auch für Beamte, wenn sie sich im Dienstzuge auf Pferdebahnen befinden, und gilt auch selbst in dem Falle, wo sie sich auf der Bagerstraße befinden. Laut einem am 1. Mai 1876 an die Schuhmannschaft gerichteten Befehl sind „unnütze Redensarten“ zu vermeiden, und von der den Schutzleuten zur Pflicht gemachten Höflichkeit gegen das Publikum im allgemeinen handeln die Tagesbefehle vom 22. Mai 1874, vom 12. Juni 1878, vom 4. Juli 1879 und vom 15. Juni 1881. In einem besonderen Tagesbefehl vom 15. Oktober 1875 wird den Beamten noch eingeschärft, die Höflichkeit auch auf das auf die Bureaus kommende Publikum auszuweiten.

Das Polizeipräsidium bemüht sich, die Schuhmannschaft auch nach anderer Richtung hin zu guter Sitten anzuhalten und sie vor Begehung unnützer oder falsch aufzufassender Handlungen zu warnen. So ist am 11. März 1885 den Beamten verboten worden, unentgeltlich in Drochken zu fahren. Am 8. Mai desselben Jahres erging ein Verbot, Geschenke anzunehmen. Auch dürfen nach einem Befehl vom 10. Mai 1889 von den Beamten keine Bettungen unentgeltlich zum Privatgebrauch angenommen werden, ebenfalls keine Theaterbilletts. Am 21. Dezember 1881 ist angeordnet worden, daß Beamte sich nicht in freitägige Tagesfragen mischen dürfen. Desgleichen sollen sie sich einem Konferenzbefehl vom 20. Februar 1888 zufolge „grundsätzlich nicht in Chestelheiten mischen“. Am 14. Februar 1877 ist ein Befehl ergangen, wonach Beamte auf Märkten nicht in Uniform einlaufen dürfen. In der Schuhmannschaft nebenher noch Bizehirt eines Mietshauses, so darf er kein Retentionsrecht ausüben, keine Kontrakte ausstellen und keine Miethe einziehen; auch darf seine Frau nicht den Namen ihres Mannes unter Quittungen und Verträge setzen.

Bis ins kleinste gehen die Vorschriften über alles, was mit der äußeren Erscheinung des Beamten zusammenhängt. So dürfen die Schutzleute ihre Briefstaschen nur in den Rocktaschen und nicht auf der Brust tragen. Auf der Straße müssen sie Handschuhe tragen. Verlorenes und Urteilen dürfen nicht offen getragen werden (Tagesbefehl vom 10. Mai 1878). Während der kalten Jahreszeit dürfen sie nur einen Schal von schwarzer Farbe tragen, doch darf dieser Schal nicht zu sehen sein (Tagesbefehl vom 9. Februar 1887). Ihre Abkommenskarten sollen die Schutzleute laut Tagesbefehl vom 8. Dezember 1894 unangefordert dem Pferdebahnschaffner vorgehen. Der Gewissenhaftigkeit und Vollständigkeit halber sei noch angeführt, daß die Beamten zu Neujahr das Beglückwünschen unter einander vermeiden sollen (Mündlicher Tagesbefehl vom 31. Dezember 1893), daß sie auf der Wache den Plan von Berlin zu studieren haben (Tagesbefehl vom 5. Dezember 1889), daß sie Gesuche um Urlaub über vier Wochen auf „Privatpapier“ schreiben müssen, daß sie nicht im Kontinental leben, des Nachts sich nicht mit Wirthshändlern unterhalten dürfen und ferner mit Wispapier sparsam umgehen sollen.

Die Bitte derartiger Befehle und Verordnungen ist mit den angeführten Beispielen auch nicht entfernt erschöpft, doch denken wir, daß das Mittelmaße durchaus genügen wird, um zu beweisen, daß das Polizeipräsidium sich in seiner Art fast über Gebühr abmüht, um aus den ihm vom Militär zugeschickten Personen wahre Idealgestalten von Höflichkeit und tüchtige Beamte zu machen. Wenn solches trotz aller Tagesbefehle bisher nicht ganz gelungen ist, so muß dies doch wohl an der Eigenart des Materials liegen und an der Eigenart des Organismus, in dem es herangebildet wird. So unmöglich es ist, Feigen von den Dornen zu lesen, so wenig kann man von den Schauern des preussischen Militärs- und Polizeistandes erwarten, daß sie sich plötzlich für zivile Umgangsformen begeistern.

**Mittheilungen über auffahrende Polizeithaten** gehen der Presse zur Zeit in unheimlicher Fülle zu. Einem Volkalblatt wird folgender Fall berichtet: Mein Mann wurde zwei Tage vor dem Fest auf die Wache bestellt und gleich dort behalten, weil ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. In meiner Angst eilte ich auf das Bureau, ersuhr aber dort, daß ich ihm lediglich noch etwas Abendbrot bringen und nur wenige Worte in Gegenwart des Wachtmeisters mit ihm reden dürfe. Sie werden nun wohl annehmen, mein Mann sei Gott weiß was für ein großer Verbrecher, aber um was handelt es sich. Er soll vor anderthalb Jahren beim Militär 20 M. unter der Lasten haben, behauptet aber, nichts von der Sache zu wissen; die Angelegenheit müsse sich in einfacher Weise auflären lassen. . . . Vergebens wartete ich bis zehn Uhr abends, dann kielte ich weinend am Beile meines Kindes nieder. . . . Ich habe noch 21 M., den Arbeitslohn einer Woche, wenn das alle ist und der Mann ist noch nicht zurück, ja, dann heißt es mit dem armen Wärrchen hungern!

Das „Berliner Tageblatt“ bringt eine Mittheilung, wonach ein Mann verhaftet wurde, der ein von ihm gelöstes Theaterbillet, welches er nicht benutzen konnte, in der Nähe des Theatereinganges zu verwerthen suchte. Als er dann nach erfolgter Protokollaufnahme

auf der Wache sein Billet zurückverlangt habe, sei die Herausgabe verweigert worden.

Ein Arzt bringt folgende Angelegenheit, die sich vor einiger Zeit in seiner Praxis ereignet hat, zur Sprache: „Eines Morgens stürzten zwei Frauen, Mutter und Tochter, in mein Sprechzimmer. Beide wohnten in einem Nachbarorte von Berlin, die Tochter ist hier als Verkäuferin thätig. Nur mit Mühe konnte ich von den beiden aufgeregten Frauen folgendes erfahren: Am demselben Morgen sei in aller Frühe, nachdem die Tochter bereits mit dem Vorortzuge nach der Stadt gefahren war, ein Schumann in die Wohnung der Eltern gekommen und habe sich nach dem Aufenthalte des jungen Mädchens erkundigt. Es sei eine Anzeige eingegangen von einem Einjährigfreiwilligen, der mit der Tochter verkehrt habe und dadurch angestiftet worden sei. Er, der Schumann, habe den Auftrag, das Mädchen zu verhaften und in Gewahrsam zu bringen. Die Eltern waren über diese Mittheilung starr vor Schrecken, und der Vater, ein ehrlamer Bürger, geriet ob der Scham in solche Verzweiflung, daß er sich erschließen wollte. Glücklicherweise war das Mädchen nicht zu Hause, und so mußte der Schumann vorläufig unverrichteter Sache abgehen. Die Mutter machte sich nun sofort auf den Weg, ging zu dem Mädchen, das hoch und theuer seine Unschuld vertheidigte, und beide kamen überein, von ihrem Arzte ein Attest über den Gesundheitszustand der Tochter ausstellen zu lassen. Das Zeugniß lautete auch dahin, daß das Mädchen eine durchaus sitzame Jungfrau und vollständig gesund war, eine Ansteckung von ihr also nicht ausgegangen sein könne. Mit diesem Attest in Händen wurden weitere Anschuldigungen und Maßnahmen seitens der Polizei zum Schweigen gebracht. Spätere Nachforschungen ergaben, daß eine Verwechselung infolge ähnlich lautenden Namens stattgefunden hatte. Es handelte sich eigentlich um ein übel beleumundetes Mädchen.“

Endlich sei noch ein von der „Staatsbürger-Ztg.“ gemeldeter Fall mitgetheilt, aus dem hervorgeht, daß auch städtische Beamte sich als überreizte Leute zeigen. Bei einem hiesigen Friseur verkehrte seit längerer Zeit ein Kunde, der eines Tages ein Sparfläschchen mitbrachte und an den Friseur die Bitte richtete, ihm darauf noch 80 Mark zu leihen. Nach längerem Zögern ließ sich der Friseur zur Herausgabe des Geldes bewegen und nahm das Sparfläschchen in Verwahrung. Einige Zeit darauf erneuerte derselbe Kunde seine Bitte um Geld auf das Buch; der Friseur lehnte dies aber ab, erklärte sich aber bereit, das in seinem Verwahrsam befindliche Buch zu dem Zweck herauszugeben, darauf durch seinen Gehilfen bei der Sparkasse den gewünschten Betrag erheben zu lassen, wenn ihm dann das Buch wieder eingehändigt würde. Darauf ging der Kunde auch ein und der Friseurgehilfe K. wurde beauftragt, die Abhebung des Geldes bei der Sparkasse zu besorgen. Man hatte aber der geldbedürftige Kunde das Sparfläschchen heimlich seiner Frau weggenommen und diese den Verlust bei der Sparkasse gemeldet. Als nun der Friseurgehilfe K. sich mit dem Buche einfand, wurde er von einem Beamten der Sparkasse festgehalten und trotz der Behauptung seiner Unschuld, der Angabe des Tatbestandes, sowie des gar nicht weit belegenen Geschäftsfeldes und so über die Straße hinweg zur Polizei gebracht. Auf der Polizeiwache stellte sich, da der Besitze und auch das Geschäft, in dem er arbeitete, dort bekannt war, sofort der wahre Sachverhalt heraus und K. wurde entlassen, wobei der Wachtmeister sein Verzeihen über die Art und Weise, in der man gegen ihn auf der städtischen Sparkasse verfahren war, ausdrückte und erklärte, daß sich ein Polizeibeamter eines solchen Vorgehens nicht schuldig gemacht haben würde. Natürlich fühlte sich K. durch den Transport am besten lichten Tage in gefesseltem Zustande über die belebte Straße schwer gekränkt, und da man ihm eine Begünstigung nicht zu theil werden ließ, beschwerte er sich unter Angabe des Sachverhalts beim Oberbürgermeister. Aber er erhielt von diesem nichts, als den sonderbaren Bescheid, „daß er, der Oberbürgermeister, nicht zuständig sei, da anscheinend ein Polizeibeamter die Verhaftung und Knebelung vorgenommen habe“. Natürlich beruhigte sich K. hierbei nicht, sondern beschwerte sich von neuem. Und nun endlich scheint man es der Mühe für werth gehalten zu haben, eine Untersuchung anzuordnen; denn einige Tage nach der zweiten Beschwerde erhielt K. folgenden Bescheid: „Auf Ihre an den Herrn Oberbürgermeister gerichtete, hierher abgegebene Beschwerde vom 17. beziehungsweise 28. . . . theilen wir Ihnen ergebnis mit, daß der Beamte, der Sie zur Polizei geführt hat, allerdings ein Diener unserer Sparkasse gewesen ist. Wir haben dem betreffenden Beamten das Angehörige seines Verzeichnisses Ihnen gegenüber vorgehalten, daselbe ernstlich gerügt und bedauern aufrichtig das Geschehene. Kuratorium der städtischen Sparkasse.“

Alle diese Vorgänge zeigen, wie windig es in Berlin um den Schutz der persönlichen Freiheit bestellt ist. Daß solche Zustände sich frisch und fröhlich entwickeln haben, ist nicht zum mindesten Schuld des Bürgerthums, welches sich zu allen Zeiten für die herrschenden Macht geduckt hat.

**Für Arbeiter-Radfahrer.** Arbeiter und Parteigenossen, welche die Absicht haben, sich ein Fahrrad anzuschaffen, werden einer aus Chicago kommenden Nachricht Beachtung schenken. Wie der dortige Sekretär der German Bicycle Workers Union Nr. 18 und mittheilt, hat die American Federation of Labour über nachstehende Fabriken den Boycott verhängt: 1. Gormully u. Jeffery, Bicycle Manufacturing Co. in Chicago, Ill.; 2. United States Bicycle Co. in Chicago, Ill. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft diese Mittheilung beachten und ihr entsprechend handeln wird.

**Der „Fall Viebling“ in amerikanischer Beleuchtung.** Amerikanische Blätter wissen zu berichten, daß Herr Georg Viebling, der berühmte kaiserliche deutsche Hofkapellmeister, demnächst wieder nach Berlin zurückkehren wird. Von hier habe er sich darum fortgemacht, weil er die Kompositionen des Kaisers ungünstig zu kritisiren wagte, worauf man ihm wegen Majestätsbeleidigung den Prozeß machte. Er wurde wegen dieses Verbrechens zu 14 Tagen verurtheilt, zog es jedoch vor, das Land zu verlassen, statt diese Strafe abzusitzen. Herr Viebling wird vielleicht wünschen, sein Fall läge so, wie er sich in der Phantastik der amerikanischen Journalisten darstellt.

**Die Vorstände der Berliner Fleischer-Jungung, der Kinder- und Groß-Fleischermeister Berlins, der Schweine- und Groß-Fleischermeister Berlins und der freien Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins und Umgegend** haben an die städtischen Behörden die Bitte gerichtet, für den hiesigen Schlachthof einen besonderen Direktor als ersten Verwaltungsbeamten anzustellen.

**Der Biletthandel vor den hiesigen Theatern** fand in den drei Weihnachtstagen wieder in voller Blüthe und speziell am zweiten Tag und gestern, wo der Massenandrang zu den Vergnügungsorten besonders stark war, waren die Preisforderungen, welche die Biletthändler stellten, außerordentlich hoch; sie erhoben thätlich das Doppelte und Dreifache der Kassapreise. Auf der Biletthändlerbörsen in der Karllstraße, woselbst nach Beendigung der Theater die Vertheilung des Nagens stattfindet, stellte sich heraus, daß acht derartige Schmarozker, welche gemeinschaftlich arbeiten, am Olympia-Theater allein am 2. Feiertag einen Verdienst von über 2000 M., am vorgestrigen Abend einen solchen von 1400 M. erzielt hatten. Wehmüthiger Nutzen ist beim Opernhaus, Schauspielhaus, Deutschen Theater u. von den Biletthändlern erreicht worden.

**Des bevorstehenden Renjahrsfestes** wegen werden die städtischen Kassen und Bureaus am Freitag bereits um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Centralbureaus, welches zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt. — Die Magistratskassirung findet infolge dessen bereits am Donnerstag statt.

**Die Finanzoperation des Kommerzienraths.** Was einem beim gemeinschaftlichen Vorkauf passen kann, darüber erzählten die Blätter vor einigen Tagen folgendes Geschichtchen. Der Mit-

inhaber einer der bedeutendsten Engrosfirmen Berlins in Volkshofen, ein Kommerzienrath, hatte im Monat September im Seebade Ostende einem schlesischen Großindustriellen der Textilbranche die Hälfte eines im November zur Belegung gelangenden Serienlooses von 500 Gulden verkauft. Da dem Schlesier der ihm damals übergebene Antheilschein abhandeln gekommen, hat er auch während seines Anstehens in Ostende um abermalige Nummerausgabe. Die Antwort traf erst nach einiger Zeit, und zwar telegraphisch ein und sie war noch dazu falsch; denn sie erhielt die Nummer eines bereits gezogenen und schon längst ausgezahlten Looses. Das richtige Loos wurde im November mit einem ganz bedeutenden Gewinn — man spricht von 400 000 M. — gezogen, wovon der Schlesier seinen Antheil forderte. Da der Berliner die Zahlung beharrlich verweigerte, kam es darüber zum Prozeß, der eine ganz überraschende Wendung dadurch nahm, daß der Schlesier im Termin, der vor einigen Tagen in Berlin stattfand, den verloren gewesenem, aber zwischenzeitlich von ihm wiedergelassenen Antheilschein produziert und die Bereitwilligkeit seines Mandanten zur Zahlung der 200 000 M. zu erklären. So die Zeitungen, von deren auffälliger Meldung wir bisher keine Notiz nahmen, weil uns die gebrachten Angaben allzu unbestimmt erschienen waren. Neuerdings haben wir jedoch erfahren, daß es mit der eigentümlichen Vorgeschichte vollaus Richtigkeit hat, und daß der Kommerzienrath, der in ihr eine so geschäftskundige Rolle spielt, Jakob Sandersberger heißt und allhier am Hausvogteiplay sein städt. und weltbekanntes Domizil hat.

**Mit Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast** ist der Kinder-Engros-Schlachtermister Julius Wiesner, Weidenweg 57, verstorben.

**Auf Grund einer Denunziation** hat bei einem hiesigen bekannten Looschändler in der Friedrichstadt eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit wurden eine Anzahl Listen beschlagnahmt, welche seit 1894 geführt worden sind und über 8000 Namen enthalten. Aus Grund dieser Listen sind Anträge angefertigt und solche den künftigen hiesigen Polizeibureau besetzt. Vornahme von Recherchen, inwieweit sich die Ermittlungen strafällig gemacht haben, zugehört worden. Es dürfte also in den nächsten Tagen eine beträchtliche Anzahl von Strafbahnen über einen großen Theil der Berliner Bevölkerung herabberregnen. Einige der durch die Liste Ermittelten sind bereits mit derartigen unangenehmen Zusendungen bedacht worden.

**Erschossen** hat sich in der vergangenen Nacht der Provisor Stein in der Apotheke von Thöns in der Staligerstraße. Stein scheint in einem Anfälle von Lebensüberdruß gehandelt zu haben, der aus einem hartnäckigen Herzleiden hervorging.

**Wom Unglück schwer heimgesucht** ist die Familie des Rüstert Brauner aus der Neuen Hofstraße 8. Brauner wurde vor sieben Monaten überfahren und erlitt dabei Rippenbrüche und andere Verletzungen. Da auch die Nieren in Mitleidenschaft gezogen wurden, so liegt der Mann noch immer im Krankenhaus. Die Familie war mit 17 Kindern gesegnet; sechs waren noch zu Hause, das jüngste erst drei Jahre alt. Daher mußte die Älteste Tochter Anna, die 18 Jahre zählt und in Fräuleinmode als Wuffeldame in einem Hotel angestellt war, nach Hause kommen, um der Mutter beim Erwerb des Lebensunterhaltes und in der Wirtschaft zu helfen. Vor ungefähr vierzehn Tagen machte das Mädchen mit Bekannten einmal einen Ausflug, bei dem auch gefangen wurde. Gegen Mitternacht heimgekommen, konnte es am anderen Morgen vor Mädelkeit nicht aufstehen. Die Mutter ließ daher die Tochter liegen, bis sie am nächstfolgenden Tage, in den sie auch noch hinein geschlafen hatte, von selbst aufstand. Raum aber hatte sich das Mädchen erhoben, als es zusammenbrach und wieder ins Bett gebracht werden mußte. Nachdem sie acht Tage in der Wohnung behandelt worden, wurde die Kranke in eine Anstalt gebracht und hier ist sie jetzt gestorben. Die Ärzte des Krankenhauses konnten die Todesursache mit Bestimmtheit nicht angeben, glauben aber, daß eine Vergiftung vorliegt.

**Rechtsvergehen.** Am Schöneberger Ufer, in der Nähe der Plottwellestraße, geriet der Arbeiter Paul Herz mit dem Kutscher Albert Winkler nach kurzem Wortwechsel in Streit, bei dem Winkler sein Taschenmesser zog und seinem Gegner sieben Messerstücke am Kopf beibrachte. Der Verletzte wurde auf der Unfallstation in der Steglitzerstraße verbunden.

**Tödlichen Sturz von der Pferdebahn.** In der Nacht zum Montag wurde vor dem Hause Frankfurter Allee 1 der 42 Jahre alte Kaufmann Hermann Liebe beim Passiren einer Kurve von dem Hinterrad eines Pferdebahnwagens geschleudert und innerlich so schwer verletzt, daß er einige Stunden später dem Geist aufgab.

**In Schöneberg** ist das Ehepaar Klaffen aus der Hofstraße und der bei diesen Leuten wohnende Arbeiter Hennig verhaftet worden. Die drei werden beschuldigt, in zahlreichen Fällen Gefäßgel und Frühstücksbeutel gestohlen zu haben.

**Zur Nichtigstellung** einer am 18. Dezember gebrachten Sozialnotiz wird folgendes gemeldet: Der in Schöneberg von einem Gendarm verhaftete Bauerer Grise hat sich nicht eines Diebstahls, sondern eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Seine Verhaftung erfolgte, weil er den Termin zum Strafantritt veräußert hatte.

**Feuerbericht.** Montag Abend 6 Uhr war Friedrich Wilhelmstr. 14 ein Zimmerbrand abzuschließen, der Gardinen und verschiedene Möbel zerstörte. Eine Stunde später wurde die Wehr nach Alte Leipzigerstr. 10 gerufen, wo in Abwesenheit der Zimmerbewohner ein Stubenbrand ausbrach, so daß die Pöschmannschaften sich mittels Stedteleitern zum Wandbrotbezug anschaffen mußten. Bedeutliche und Möbel verbrannten, auch litt das Haus beträchtlichen Schaden. Am 11 Uhr brannten Wälowstraße 42 verschiedene Geräthschaften im Waschkeller. Dienstag früh 3 Uhr wußte französischer 18 ein Kellerbrand bestrahlt worden. Kurz nach 8 Uhr hatte Gendarmstr. 1 aufgelassener Benzin Feuer gefangen und den Fußboden, sowie verschiedene Wirtschaftgegenstände vernichtet. Auch das Haus wurde beschädigt. Mittags 12 Uhr entstand Alexandrinenstr. 23 in einem Einzelkeller ein Schandensfeuer, das mit einer Schlauchleitung abgelöscht werden mußte.

**Die Direktion der Projektions-Vorträge über Kunst und Kultur** (Dr. Köppen und Dr. Schöner, Altes Urania-Theater, Invalidenstraße) theilt mit, daß heut Abend 8 Uhr Herr Dr. Köppen über „Madame Palerest“ unter Vorführung zahlreicher farbiger Projektionsbilder sprechen wird. Um das Beständlich für die moderne Kunstbewegung in die weitesten Kreise zu tragen, wird die Vorlesung zu ermäßigten Preisen (Partei 50 Pf.) stattfinden.

**Theater.** Das Schiller-Theater bringt Abmorgens (Silvester) die erste Aufführung von „Der Registrator auf Reisen“. Pöffe in 3 Akten von U. Aronow und Moser, Musik von Hal. Die Titelrolle wird Herr Alfred Schmalow spielen. Die übrigen Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Wilhelmine, Agnes Werner; Otto, Otto Wolfson; Heidemarie, Julius Geben; Emma, Grete Meyer; Franz, Willy Prohde; Jander, Max Lawrence; Marie, Marie; Gise, Wilmowitsch; Scholz, Ludwig Kerner; Jette, Trude Pöde. Der Anfang dieser Vorstellung ist ausnahmsweise auf 7 Uhr festgesetzt. — Am Kuller-Theater findet am Silvesterabend nach Schluß der um 7 Uhr mit dem Fest der Handwerker beginnenden und mit „Frohliche Weihnacht“ endigenden Vorstellung in den oberen Beständen ein Silvesterfest statt. — Im Orest-Theater gelangt am 1. Neujahrstage zu vollständigen Preisen Kaimund's selbendes Hausbrennen „Der „Beschwerer“ zur Aufführung. „Loben und Lieben“ bleibt vorläufig noch auf dem Repertoire.

**Weiter-Prognose für Mittwoch, 29. Dezember 1897.** Gienlich warm bei mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

